



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Ausserordentliche Session von National- und Ständerat vom 4. – 8. Mai 2020 zur Corona-Pandemie

## Alles hat seine verfassungsmässige Ordnung

«Machtübernahme des Bundesrates» ist ein Hirngespinnst

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Seit Wochen sind wir es nun gewohnt, dass die Mitglieder des Bundesrates in Medienkonferenzen vor die Bevölkerung treten, um ihre Beschlüsse und die dahinterstehenden Überlegungen mitzuteilen und zu begründen sowie Fragen der Presse und (telefonisch) aus der Bevölkerung zu beantworten. In einem oder anderen Blatt oder Online-Medium wurde daraus konstruiert, die Exekutive wolle «die Macht im Staat an sich reißen». In Wirklichkeit weiss jeder, dass das Schweizer Parlament seine Frühjahrs-session wegen der gesundheitlich riskanten Situation nach zwei Wochen abbrechen musste.<sup>1</sup> Nun wird es, auch auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesrates, seine Auf-

gabe als Legislative wieder voll wahrnehmen können. Die Sondersession anfangs Mai wird ganz im Zeichen der Corona-Krise stehen. Die verschiedenen Kommissionen des National- und des Ständerates sind seit dem 6. April an der Vorbereitungsarbeit. Die Ratssitzungen werden auf dem Messegelände der «Bernexpo» stattfinden, weil dort die Einhaltung der Distanz- und Hygienemassnahmen für die Politiker und die Mitarbeiter der Bundesverwaltung gewährleistet werden kann. Die gesamten Debatten im National- und Ständerat können (wie schon seit einigen Jahren) online mit- oder nachgehört und natürlich auch nachgelesen werden.

Das definitive Programm legen die Büros der beiden Räte am 1. Mai fest, es wird alle Notentscheide des Bundesrates umfassen. Alle Kommissionen stellten sich mit grossen Mehrheiten hinter den Bundesrat und bedankten sich für seinen wichtigen Einsatz zum Wohl des Landes und der Bevölkerung. Zur politischen Einordnung hat Zeit-Fragen zudem zwei Nationalrätinnen der SP und der SVP einige Fragen gestellt.

Im folgenden sollen aus der Fülle von Vorstössen und Empfehlungen aus den Kommissionen einige der wichtigsten herausgegriffen werden.<sup>2</sup> In der Ausserordentlichen Session werden die Mehrheits- und Minder-

heitsvertreter der einzelnen Kommissionen ihre Anträge und deren Begründungen dem jeweiligen Ratsplenum unterbreiten.

### Kommissionen beantragen die Genehmigung der Milliarden-Nachtragskredite und des Armee-Einsatzes

Wichtigstes Geschäft der Session ist die Genehmigung eines ganzen Bündels von Nachtragskrediten zum Voranschlag 2020, das der Bundesrat als Folge der Corona-Pandemie dem Parlament unterbreitet.<sup>3</sup> Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) beantragt dem Nationalrat «[...] meist ein-

Fortsetzung auf Seite 2

## In Krisenzeiten braucht es die Nationalstaaten, da hat die EU keine Lösungen

Interview mit Nationalrätin Yvette Estermann, SVP Luzern

Yvette Estermann  
(Bild zvg)

Zeit-Fragen: Frau Nationalrätin Estermann, welches sind für Sie die wichtigsten Fragen, die das Parlament in der kommenden Ausserordentlichen Session anzupacken hat?

Yvette Estermann:

Wir haben die Session angesetzt, um die Geschäfte, die mit Corona zusammenhängen, zu diskutieren. Es geht vor allem um eine Aussprache zu den Massnahmen und um finanzielle Geschäfte, die wir behandeln werden.

Es wird wahrscheinlich kein grosses Problem sein, sich zu einigen, oder?

Es wird in der Regel keine Links-Rechts-Blöcke geben, weil gewisse Fragen alle beschäftigen. Ich denke, die finanziellen Vorlagen werden angenommen. Alle haben anerkannt, dass es die Probleme gibt und dass es Hilfen braucht, aber das wird viele Poli-

tiker nicht davon abhalten, darüber zu sprechen. Es ist auch richtig, dass das Parlament wieder seine Funktion einnimmt.

Sie sind Mitglied der GPK (Geschäftsprüfungskommission) des Nationalrates. Wie nimmt die GPK ihre Aufgaben in der heutigen Situation wahr?

Wir haben bereits eine Sitzung abgehalten und drei Bundesräte, inbegriffen die Bundespräsidentin, waren dabei und sind uns Rede und Antwort gestanden. Und sie haben uns wirklich auf alles, was wir wissen wollten, Antwort gegeben. Die GPK hat also ihre Arbeit in bezug auf Corona aufgenommen, aber es bleibt ein grosses Thema. Für mich ist das Wichtigste, dass man nachher das Fazit aus der ganzen Krise zieht: Was ist gut gelaufen, was weniger? Wir können das, was geschehen ist, nicht mehr ändern, aber wir können für die Zukunft eine gute Entscheidungshilfe bieten. Wichtig ist, dass wir für die Zukunft vorsorgen, so dass wir, wenn einmal etwas Ähnliches oder Schlimmeres auf uns zukommt, besser gewappnet sind als jetzt.

Die direkte Demokratie steht zurzeit praktisch still. Die Volksabstimmung vom Mai über die Begrenzungsinitiative der SVP wird nicht stattfinden. Ist das für Sie eher gut oder nicht? Ich bin in meinem Leben immer gut gefahren damit, wenn ich gesagt habe: Was passiert ist, ist passiert. Das Glas ist halb voll, nicht halb leer, wir betrachten es als Chance. Wir haben gesehen, wie wir im Stich gelassen worden sind von unseren sogenannten Freunden um uns herum, wie Ware blockiert wurde, die wir bestellt und bezahlt hatten. Das sollte den Leuten zu denken geben. Deshalb bin ich nicht ganz unglücklich darüber, dass die Abstimmung verschoben worden ist.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass letztlich jeder Staat für sich schaut und dass die EU keine Lösungen hat, ganz im Gegenteil. Die Nationalstaaten wollten ihre eigenen Lösungen anwenden. In Brüssel wurde erst hinterher nachgezogen und viel geredet. Was die EU wirklich nicht kann, ist, in Krisenzeiten Lösungen zu finden. Das hat man gesehen in der Flüchtlingskrise, das sieht

man jetzt in der Coronakrise, und die Finanzkrise konnte sie sowieso nicht meistern. Die Leute sollten langsam wissen, dass die EU ein Konstrukt ist, das nicht lebensfähig ist. Vor allem in Krisen ist sie nicht dafür geeignet, diese zu bewältigen und rasch zu handeln.

Könnten die einschneidenden Erfahrungen mit Corona auch Anlass sein, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir künftig in unserem Land und in unserer Welt zusammenleben wollen?

Ja, wir haben jetzt gesehen, dass die Globalisierung nicht nur Vorteile bringt, sondern auch Nachteile, und wie wichtig es ist, dass die Selbstversorgung in der Schweiz wieder grossgeschrieben wird. Ob es sich um Medikamente handelt und um medizinisches Material oder auch um Lebensmittel, wir sollten uns damit auseinandersetzen, was wir in Zukunft wollen.

Vielen Dank, Frau Nationalrätin Estermann, und alles Gute für die kommende Session. •

## «Man tut so, als ob mit einer schnellen Öffnung alle wirtschaftlichen Probleme weg wären»

Interview mit Nationalrätin Jacqueline Badran, SP Zürich

Jacqueline Badran  
(Bild zvg)

Zeit-Fragen: Frau Nationalrätin Badran, welches sind für Sie die wichtigsten Probleme, die das Parlament in der kommenden Ausserordentlichen Session anzupacken hat?

Jacqueline Badran:

Wenn man dem Ziel des Struktur- und Arbeitsplatz-Erhalts sowie der Existenzsicherung verpflichtet ist, dann sollten in erster Linie die Lücken bei den wirtschaftspolitischen Massnahmen gestopft werden. Wollen wir Massenkonkurse und Massenverschuldung der kleinen Läden und Restaurants verhindern, muss ein markanter Mieterlass für die Zeit des Lockdowns beschlossen werden. Zudem braucht es Korrekturen bei der Kurzarbeit sowie die Erhöhung der Entschädigung für Inhaber und Inhaberähnliche von 3320 Franken auf das EO-Niveau von 5880

Franken. Sonst können wir nicht von Existenzsicherung sprechen. Auch sind die Lücken bei den indirekt betroffenen Selbständigen zu schliessen.

Sie sind Mitglied der WAK des Nationalrates. Die Mehrheit Ihrer Kommission befürwortet drei Motionen, die zu einer rascheren Wiederaufnahme der geschäftlichen Tätigkeiten drängen, als dies der Bundesrat vorsieht. Sie und andere Kommissionsmitglieder der SP und der Grünen haben diese drei Motionen nicht unterstützt. Warum nicht?

Hintergrund dieser Forderungen ist nicht etwa, dass man dem Gewerbe helfen, sondern künftige Steuererhöhungen für die Konzerne vermeiden will. Die Kommissionsmehrheit will, dass die Leute zur Kurzarbeit rausgeholt werden, um den Schuldenberg des Bundes nicht weiter anwachsen zu lassen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Das ist ein legitimes Argument, nur soll man es nicht als «Gewerbehilfe» tarnen. Man tut so, als ob mit einer schnellen Öffnung alle

wirtschaftlichen Probleme weg wären. Dem Gewerbe ist aber wenig geholfen, weil sie künftig deutlich weniger Umsätze machen werden als vor der Schliessung, allein wegen der Distanzregeln. In einem Coiffeurladen, wo sonst drei Personen arbeiten, kann künftig nur eine Person arbeiten. Im Detailhandel, ausser vielleicht bei saisonalen Produkten, werden deutlich weniger Umsätze gemacht, besonders, wenn nicht gleichzeitig die Schulen öffnen. Wer geht schon shoppen, wenn die Kinder zu Hause sind? Das zeigen Österreich und Schweden: offene, aber leere Läden. Das Gleiche gilt in der Gastronomie. Also werden die Einnahmen die Kosten, die entstehen, nicht decken können. Deshalb bin ich dafür, dass sich die Öffnungen allein nach den Erfordernissen der Pandemie-Bekämpfung zu richten haben und sicher nicht nach einem politisch willkürlich gesetzten Datum.

Könnten die einschneidenden Erfahrungen mit Corona auch Anlass sein, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir künftig in un-

serem Land und in unserer Welt zusammenleben wollen?

Ja, diese Hoffnung hatte und habe ich. Jedoch ist sie auch getrübt worden. Die Politik und die Medien suggerieren, mit der Öffnung gehe man schrittweise auf «eine Rückkehr der Normalität» zu. Das sollte das Unwort des Jahres werden. Was jetzt passiert, ist das Gegenteil von Normalität. Wir brauchen komplett neue Angebote und ein verändertes Konsumverhalten. Ein Einkauf bei der lokalen Kleiderboutique statt bei Zalando, bei der nahen Buchhandlung statt bei Amazon, das wäre jetzt und künftig hilfreich. Sonst stehen wir eh vor dem Ende unserer filigranen Strukturen, und globale Ketten übernehmen alles: das Optikgeschäft, das Restaurant, den Coiffeursaloon. Kurz: Das Denken und Handeln in regionalen Wirtschaftskreisläufen wäre nun erforderlich, und das sollte zur neuen Normalität werden.

Besten Dank, Frau Nationalrätin Badran, und viel Erfolg in der Session. •

### «Alles hat seine verfassungsmässige ...» Fortsetzung von Seite 1

stimmig oder mit grossen Mehrheiten Zustimmung zu den vom Bundesrat beantragten Corona-Krediten. Sie folgt damit den Anträgen der mitberichtenden Kommissionen WBK, SGK und WAK.»<sup>4</sup> (Das heisst, die für Wissenschaft/Bildung/Kultur, Gesundheit und Wirtschaft zuständigen Kommissionen des Nationalrates unterstützen ebenfalls grossmehrheitlich die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen.) In der Medienmitteilung sind insgesamt über 15 Milliarden Franken Nachtragskredite zum Budget 2020 sowie 40 Milliarden vom Bund verbürgte Überbrückungskredite aufgelistet und werden detailliert vorgestellt. Am 28. April schloss sich nun die FK des Ständerates diesen Beschlüssen an. Beide Finanzkommissionen haben zudem zwei Motionen angenommen, wonach die Dauer der Kredite für die KMU von fünf auf acht Jahre verlängert wird (Motion 20.3152) und der Zinssatz auch nach dem ersten Jahr bei 0,0 Prozent bleibt (Motion 20.3153).<sup>5</sup>

Übrigens war bei den vom Bundesrat im März/April bekanntgegebenen Corona-Krediten bereits eine Vertretung des Parlaments beteiligt: Die Finanzdelegation (FinDel)<sup>6</sup> gewährte mehrmals Vorschüsse für die Kredite (siehe dazu die Medienmitteilungen der FinDel vom 23. März, 8. April und 15. April 2020). In den Sitzungen der beiden Finanzkommissionen erstattete ein Mitglied der FinDel Bericht.

Der Nationalrat und der Ständerat werden auch über den Armeeeinsatz befinden, den der Bundesrat am 16. März bewilligt und bis Ende Juni befristet hat. Auf dringende Bitten mehrerer Kantone hat der Bundesrat einige tausend Armeeinghörige (max. 8000) aufgeboden, davon 3000 Sanitätssoldaten. Diese werden auf Antrag der Kantone in den Spitälern und in der Logistik eingesetzt, aber auch zur Verstärkung des Grenzwachtkorps an den Landesgrenzen und auf den Flughäfen. Gemäss Art. 185 Absatz 4 der Bundesverfassung kann der Bundesrat «in dringlichen Fällen» Truppen aufbieten. Wenn es sich um mehr als 4000 Armeeinghörige und einen länger als drei Wochen dauernden Einsatz handelt, hat der Bundesrat «unverzüglich die Bundesversammlung einzuberufen». Dies hat er getan. Am 30. April hat nun die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) einstimmig beantragt, «den Assistenzdienst der Armee im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zu genehmigen (20.035). Sie spricht den Verantwortlichen sowie den Angehörigen der Armee ihren Dank für diesen Einsatz aus.»<sup>7</sup>

#### Gesundheitspolitik: Ausweitung der Tests und genügend Schutzmaterial

Die wichtigsten Anträge der beiden Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) für die Sondersession:<sup>8</sup>

- Beschaffung von Sanitätsmaterial und Medikamenten zur Behandlung von COVID-19: Die Nachtragskredite des Bundesrates werden von den SGK beider Räte grossmehrheitlich unterstützt.
- «Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen»: Motion 20.3166 (Medienmitteilung SGK-S vom 30.4.2020)
- «Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten»: Motion 20.3165/20.3162 (Medienmitteilung der SGK-N vom 29.4.2020 und der SGK-S vom 30.4.2020)
- Mehr Tests: Beide Kommissionen empfehlen dem Bundesrat sobald als möglich Infektionstests, die für alle zugänglich sind, sowie für die Gesamtgesellschaft repräsentative Antikörpertests.
- Epidemie-Schutzmaterial für Firmen: Die SGK des Nationalrates fordert vom Bund, die Verfügbarkeit von genügend Schutzmaterial sicherzustellen.
- Transparenz über Gesundheitskosten: Die SGK des Ständerates beschloss einstimmig, «ein Postulat einzureichen, mit dem der Bundesrat beauftragt werden soll, einen Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheitskosten und die Kostenträger (Bund, Kantone, Versicherer und Versicherte) zu erstellen.»

«Ein Einkauf bei der lokalen Kleiderboutique statt bei *Zalando*, bei der nahen Buchhandlung statt bei *Amazon*, das wäre jetzt und künftig hilfreich. Sonst stehen wir eh vor dem Ende unserer filigranen Strukturen, und globale Ketten übernehmen alles: das Optikgeschäft, das Restaurant, den Coiffeursaloon.» (Nationalrätin *Jacqueline Badran*)

Wir sind gespannt auf die aktuellen Antworten des Bundesrates zu diesen Anträgen.

#### Wirtschaftspolitik: Welche Lehren für die Zukunft?

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) verlangt mit einem Postulat einen Bericht des Bundesrats über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und die Lehren für die Zukunft.<sup>9</sup>

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen (BIP, Beschäftigung, spezifische Branchen, Steuererträge etc.) hatte die Corona-Krise bereits und wird sie voraussichtlich noch haben?
2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hatten die angeordneten Massnahmen und werden sie voraussichtlich noch haben?
3. Wie hat der Bundesrat bei diesen Massnahmen die Abwägung zwischen gesundheitspolitischem Nutzen und wirtschaftlichem Schaden vorgenommen, und wie nimmt er sie aktuell vor?
4. Welche zusätzlichen kurzfristigen Massnahmen oder Änderungen von Massnahmen fasst der Bundesrat ins Auge?
5. Welche mittel- und langfristigen Lehren sollte die Schweiz, sollten Bundesrat und Parlament aus der Krise ziehen?»

Also eine umfassende Analyse, welche die WAK-S vom Bundesrat fordert; besonders wichtig die Fragen 4 und 5 nach den notwen-

geräumt hat.» Aber nun müsse es vorwärtsgehen mit der Normalisierung des Wirtschaftslebens. In diesem Sinne hat die Kommission zuhanden ihres Rates drei Motionen eingereicht.<sup>10</sup>

- Motion 20.3136 «Wiederherstellung der bundesstaatlichen Kompetenzordnung und einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft»: Im Prinzip fordert die Kommission, dass ab dem 11. Mai – unter Einhaltung der Distanz- und Hygienemassnahmen – praktisch alle öffentlich zugänglichen Einrichtungen wieder geöffnet werden dürfen sowie kleinere Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten wieder erlaubt sein sollen. Personen aus Risikogruppen wären dabei «speziell vor einer Ansteckung zu schützen».
- Motion 20.3134 «Etappierte Aufhebung des gastgewerblichen Stillstands»: Dies wurde am 29.4. vom Bundesrat unter vielstimmigem Druck beschlossen.
- Motion 20.3133 «Smart Restart»: Branchen, die auch nach dem 11. Mai aus gesundheitspolitischen Überlegungen ihre Betriebe nicht öffnen können, sollen gewisse Tätigkeiten anbieten können.

Zusammengefasst also eine möglichst rasche Wiederherstellung der gesamten Wirtschaftstätigkeiten, unter Berücksichtigung der epidemiologischen Lage. Am 29. April hat sich nun die WAK des Ständerates den

«Wir haben jetzt gesehen, dass die Globalisierung nicht nur Vorteile bringt, sondern auch Nachteile, und wie wichtig es ist, dass die Selbstversorgung in der Schweiz wieder grossgeschrieben wird. Ob es sich um Medikamente handelt und um medizinisches Material oder auch um Lebensmittel, wir sollten uns damit auseinandersetzen, was wir in Zukunft wollen.» (Nationalrätin *Yvette Estermann*)

digen Massnahmen und Lehren für die Zukunft. Es steht die Frage der Selbstversorgung an – nicht nur in bezug auf genügend Schutzmasken und medizinische Geräte. Zum Beispiel ist die Schliessung kleinerer Landspitäler zugunsten weniger Grossspitäler in den Städten noch einmal gründlich zu überdenken: Der Mensch und seine Gesundheit müssen an erster Stelle stehen, mit reinen Kosten-Nutzen-Überlegungen kann man so etwas nicht angehen. Auch bestätigt es sich heute erneut, dass in einer Krise jeder Staat zuerst für die Versorgung der eigenen Bevölkerung schauen muss, das gilt auch für die Versorgungssicherheit in bezug auf die Ernährung und die Energie (siehe dazu auch die Nationalrätinnen *Yvette Estermann* und *Jacqueline Badran* in Interviews auf S. 1).

#### Wirtschaftskommission des Nationalrates drängt auf raschere Öffnung von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen – mit Gegenstimmen

Die WAK-N anerkennt in ihrer Medienmitteilung vom 22. April, «dass der Bundesrat bei seinen Beschlüssen vom 16. April 2020 zur schrittweisen Wiedereröffnung öffentlicher Einrichtungen gesundheitlichen und epidemiologischen Erwägungen Priorität ein-

letzten zwei Motionen angeschlossen, die erste (Öffnung praktisch aller Einrichtungen sowie kleinerer Veranstaltungen) hat sie jedoch mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt: «Die Kommissionsmehrheit sieht darin eine deutlich zu starke Lockerung der geltenden Massnahmen, die wahrscheinlich zu einer erneuten Ausbreitung der Epidemie führen würde, was ein fataler Rückschlag für die Wirtschaft wäre.»<sup>11</sup>

Die Sorge der Parlamentarier um die Lage der Wirtschaft ist zwar sehr verständlich. Aber sollte nicht an erster Stelle die Sorge um die Gesundheit der Menschen stehen? Was wollen wir dann tun, wenn als Folge der zu raschen «Normalisierung» die Zahl der Infizierten und der Toten plötzlich stark steigt? Interessanterweise wurden im Nationalrat alle drei Motionen von den Kommissionsmitgliedern der SP und der Grünen abgelehnt. (Zu den Gründen siehe Interview mit Nationalrätin *Jacqueline Badran* (SP ZH) auf S. 1)

#### Gesetzliche Grundlage für Contact-Tracing-Apps und Wiederaufnahme der politischen Beteiligung der Bürger

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) hat mit grossem Mehr eine Motion angenommen (20.3144), welche eine

gesetzliche Grundlage für Contact-Tracing-Apps fordert. Die von der ETH Lausanne entwickelte «Covid proximity tracing App» soll ab dem 11. Mai eingesetzt werden. «Sie verfolgt zurück, wer in Kontakt mit einer positiv auf das neue Coronavirus getesteten Person stand, und informiert die betreffenden Personen, dass sie sich eventuell infiziert haben.» Das Gesetz soll vor allem die Transparenz und den Datenschutz regeln sowie die Freiwilligkeit der Anwendung sicherstellen.<sup>12</sup>

Direktdemokratische Rechte: Der Bundesrat hatte am 20. März in einer Verordnung festgelegt, dass die Fristen für die Einreichung von Volksinitiativen und Referenden vom 21. März bis zum 31. Mai stillstehen und dass in dieser Zeit keine Unterschriften gesammelt werden dürfen.<sup>13</sup> Die Volksabstimmung vom 17. Mai war ausserdem abgesagt worden. Am 29. April hat nun der Bundesrat entschieden, dass ab 1. Juni wieder Unterschriften gesammelt werden dürfen und dass am nächsten regulären Abstimmungssonntag, dem 27. September, über fünf eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll: Begrenzungsinitiative, Jagdgesetz, Steuerabzug für Kinder-Drittbetreuung, Kauf neuer Kampfjets und Vaterschaftsurlaub (Genauerer folgt später).

#### Wiederaufnahme der regulären Obergangs- und Geschäftsprüfungskommissionen (GPK)

Die GPK-N hat am 23. April eine Aussprache mit den Bundesräten *Sommaruga*, *Berset* und *Parmelin* zur Bewältigung der Corona-Krise durchgeführt. In ihrer Medienmitteilung hat sie festgehalten: «Es ist wichtig, dass die Obergangs- und Geschäftsprüfungskommissionen in angemessener Weise ausgeübt werden, um das institutionelle Gleichgewicht zu wahren. Die GPK haben dabei als zuständiges Organ für die Beurteilung der Geschäftsführung des Bundesrates und der Bundesverwaltung eine zentrale Rolle inne.»<sup>14</sup> (Siehe dazu auch das Interview mit Nationalrätin *Yvette Estermann* (SVP Luzern) auf S. 1)

#### Fazit

Die Lagebeurteilung aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht in Kurzform: Das demokratische Gefüge im Schweizer Bundesstaat «verhebt» auch in Krisenzeiten, der Rechtsstaat funktioniert. Alles andere wird zu lösen sein, wenn diese Grundlagen stimmen. •

<sup>1</sup> siehe «Parlament will mitreden – Sondersession vom 4. – 8. Mai 2020 in der «Bernexpo». *Zeit-Fragen* vom 7.4.2020

<sup>2</sup> Die neuesten Medienmitteilungen der parlamentarischen Kommissionen finden Sie unter <https://www.parlament.ch/de/services/suche-news>

<sup>3</sup> Die wichtigsten Massnahmen wurden in *Zeit-Fragen* vom 7.4.2020 unter dem Titel «Wenn es drauf ankommt, sitzt man zusammen und löst die Probleme» vorgestellt.

<sup>4</sup> «Grosse Zustimmung der Finanzkommission [des Nationalrates] zu den Corona-Krediten des Bundesrats». *Medienmitteilung der FK-N* vom 25.4.2020

<sup>5</sup> «Breite Zustimmung der Finanzkommission [des Ständerates] zu den Corona-Krediten des Bundesrats». *Medienmitteilung der FK-S* vom 28.4.2020

<sup>6</sup> Die FinDel setzt sich zusammen aus je drei Mitgliedern der Finanzkommissionen des Nationalrates und des Ständerates und übt unter anderem die fortlaufende Aufsicht über die Finanzpolitik des Bundesrates aus.

<sup>7</sup> «Klare Unterstützung für den Assistenzdienst der Armee». *Medienmitteilung SiK-S* vom 30.4.2020. Ähnlich die SiK des Nationalrates gemäss *Medienmitteilung* vom 30.4.2020

<sup>8</sup> «Der Bund soll Tests auf Coronavirus massiv ausweiten». *Medienmitteilung SGK-N* vom 18.4.2020. «Transparenz über pandemiebedingte Gesundheitskosten verlangt». *Medienmitteilung SGK-S* vom 21.4.2020

<sup>9</sup> «Coronakrise: Neue Empfehlungen der WAK-S an den Bundesrat». *Medienmitteilung* vom 21.4.2020

<sup>10</sup> «Die WAK-N plädiert für eine schnelle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens». *Medienmitteilung* vom 22.4.2020

<sup>11</sup> «WAK-S verlangt Perspektiven für Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit und des sozialen Lebens». *Medienmitteilung* vom 29.4.2020

<sup>12</sup> «Coronavirus: Anwendung von Contact-Tracing-App nur mit gesetzlicher Grundlage». *Medienmitteilung* der SPK-N vom 23.4.2020

<sup>13</sup> *Verordnung über den Fristenstillstand bei eidgenössischen Volksbegehren* vom 20.3.2020

<sup>14</sup> «Corona-Krise: GPK-N führt erste Aussprachen mit der Bundespräsidentin und den Vorstehern des EDI und des WBF». *Medienmitteilung* vom 23.4.2020

#### Glossar: Parlamentarische Kommissionen

Kommissionen sind Ausschüsse des Parlaments, die aus einer begrenzten Anzahl von Ratsmitgliedern bestehen. Sie beraten die Parlamentsgeschäfte vor und arbeiten eigene Vorschläge aus. Der Nationalrat hat 12 ständige Kommissionen, der Ständerat 11, einige wenige Kommissionen sind gemeinsam. Im vorliegenden Text sind folgende Kommissionen erwähnt:  
SGK-S; SGK-N: *Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit* (des Ständerates (S), des Nationalrates (N))

SiK-S, SiK-N: *Sicherheitspolitische Kommissionen*  
SPK-S, SPK-N: *Staatspolitische Kommissionen*  
WAK-S, WAK-N: *Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben*  
WBK-S, WBK-N: *Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur*  
FK-S, FK-N: *Finanzkommissionen*  
GPK-S, GPK-N: *Geschäftsprüfungskommissionen*  
FinDel: *Finanzdelegation* (siehe dazu Fussnote 6)

# Bestimmungen zum Schutz vor COVID-19 im Visier politischer und wirtschaftlicher Ziele

## Die erneute Polarisierung macht nachdenklich

von Karl-Jürgen Müller

Der russische Politiker und Buchautor *Nikolaj Starikov* hat in seinem 2017 in russischer und 2020 in deutscher Sprache erschienenen Buch «Krieg. Durch fremde Hände» einleitend die Frage gestellt: «Was ist der Kern der Weltpolitik?» Gleich darauf hat er auch eine Antwort gegeben: «Die Kontrolle über Ressourcen. Eine Kontrolle, die man selbst ausüben und an der man seinen Gegenspieler hindern möchte. Zu allen Zeiten, in allen Gesellschaftsformen, auf allen Kontinenten und bei [allen] geographischen Grenzen geht es nur darum. Dafür kämpfen Politiker, dafür arbeiten Diplomaten und das Militär, Ingenieure und Geheimdienstagenten.» Weiter unten schreibt er erläuternd: «Der Konkurrenzkampf zwischen Staaten und Staatenblöcken – das ist der wahre Kern der Weltpolitik. Spitzenpolitiker verfolgen mit ihren Handlungen den Zweck, den Planeten durch die Kontrolle von Ressourcen und eine maximale Ausweitung ihrer Einflussphäre zu dominieren. Der Kampf um die Spitzenposition und für mehr Einfluss, dessen Sicherung und Ausweitung findet zwischen Staaten und Staatenblöcken in allen Sphären des Seins statt. Wirtschaft, Kultur, Militär, Ideologie – all dies sind Felder, in denen ein Sieg unverzüglich zu einem Vorteil im übergreifenden Konkurrenzkampf führt.» Und noch einmal auf Seite 61 des Buches: «Der Kampf zwischen den Staaten und Zivilisationen ist [der] Sinn der Geschichte. Die gesamte Menschheitsgeschichte besteht aus dem Bestreben, dass der eine den anderen besiegen möchte.»

### Alles im politischen Leben nur ein Machtkampf?

Nikolaj Starikov ist ein Autor, der Dinge schreibt, die andere nur denken. Ist es nicht in der Tat so? Denken nicht viele Menschen, dass das Leben insgesamt, vor allem aber das politische Leben, ein ständiger Machtkampf sei, in dem es immer um oben oder unten, Sieg oder Niederlage geht? Alle Politikerreden über Recht und Humanität, über Menschenwürde und Gleichwertigkeit seien im Grunde genommen nur eine der vielen Arten, seine wahren Absichten – das Streben nach grundsätzlich als knapp definierten Ressourcen und die dafür benötigte Macht – zu verschleiern.

Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass es Menschen gibt, die auch in der nun schon ein paar Monate andauernden Corona-Zeit nicht anders denken, allen Aussagen von «Mächtigen» mit grösstem Misstrauen begegnen und mit allen Künsten der Argumentation nachweisen wollen, dass es diesen «Mächtigen» auch dieses Mal nicht um den Schutz von Gesundheit und Leben geht, sondern um ganz andere Ziele: Machtausbau der Parteienoligarchie, Entrechtung der Bürger, Verelendung der Massen, Umverteilung von unten nach oben, vom Mittelstand hin zu den grossen Konzernen, eine faschistische Diktatur zur Sicherung der Herrschaft des Finanzkapitals und, und, und ...

### Corona-Pandemie unter dem Rad der politischen Polarisierung?

Vor sechs Wochen, als Zug um Zug praktisch alle Staaten der Welt – nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen in China – ihre weitgehenden Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen, hatten solche Stimmen noch kaum Gewicht. Sehr gross war die Betroffenheit über alarmierende Bilder und Berichte, zum Beispiel aus Wuhan, Bergamo, Madrid oder New York. Der von der Politik erklärte Vorrang des Schutzes von Gesundheit und Leben entsprach einem tiefen inneren Bedürfnis nahezu aller Menschen.

Seitdem aber wirtschaftliche Interessen stärker betroffen sind, die Stimmen, die einen wirtschaftlichen Zusammenbruch an die Wand malen, deutlich an Gewicht gewonnen haben und auch durchaus verständliche Anliegen aus der Bürgerschaft lauter werden, sind auch die bisherigen staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie unter das Rad der politischen Polarisierung geraten. Ja, es gibt sogar zu-

«Das nun zu beobachtende Abgleiten der Pandemie-Diskussion in eine politische Polarisierung ist demgegenüber ein ernstzunehmendes Problem. Auch hier darf man ruhig fragen: Cui bono?»

nehmend Stimmen, die die Politisierung und Polarisierung des Themas ausdrücklich begrüssen. «Jetzt muss es wieder politisch werden», titelte zum Beispiel die «Neue Zürcher Zeitung» am 24. April 2020.

Sicherlich ist es richtig, die bisherigen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ständig zu überprüfen und immer wieder neu zu justieren, und wenn der Eindruck nicht trügt, dann tun dies die Verantwortlichen auch. Am 29. April und am 30. April taten dies zum Beispiel erneut in der Schweiz der Bundesrat und in Deutschland die Bundesregierung und die Regierungschefs der Bundesländer. Aber alleine darum scheint es einer Reihe von «Kritikern» eben nicht zu gehen. Und allem Anschein nach gibt es erneut eine Allianz von einflussreichen Wirtschaftsinteressen und den oben erwähnten Kreisen, die beide unseren Staaten ganz grundsätzlich «kritisch» gegenüberstehen. Es geht also nicht um links oder rechts. Als Allianz haben diese Kräfte ein politisch bedeutsames Gewicht. Man sieht es in der Schweiz, in Österreich und auch in Deutschland.

### Welches Menschenbild?

Hier gilt es nun anzumerken, dass die Weltanschauung und das Menschenbild des oben zitierten Nikolaj Starikov auch in die Irre führen können. Oberflächlich betrachtet, scheinen seine Thesen zu stimmen; denn die Geschichte staatlicher Machtpolitik, zumal in der Aussenpolitik, lässt sich durchaus so betrachten. Das bedarf keiner weiteren Erläuterung. Aber sie stimmen bei genauerem Hinschauen eben doch nicht, weil sie die Sozialnatur des Menschen, jedes Menschen ausklammern. Wie dünn wird das Eis des eigenen Wohls, wenn es nicht genauso das allgemeine Wohl, das Bonum commune mit einschliesst? Wohin führt eine Politik, die alleine den Thesen von Starikov folgt? Sein eigenes Land Russland fordert er auf, im von ihm als unvermeidlich betrachteten Kampf (gegen die USA und ihre Verbündeten) «mit klarem Kopf in die internationale politische Arena ein[zu]treten.» Mit welchem Ziel? «Um zu siegen.» (Hervorhebung durch die Redaktion) Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, von immer neuen Kriegen, immer wieder neuen menschlichen Katastrophen wird man so sicherlich nicht beenden können. Thesen wie die von Starikov sind das Spiegelbild eines Menschheitsproblems. Aber will die Menschheit da auf alle Ewigkeit stehenbleiben?

*Auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist unsere Welt noch immer weit entfernt davon, eine friedliche Welt zu sein. Gründe gibt es also genug, über all das nachzudenken.*

Der Individualpsychologe *Alfred Adler* hat das Problem vor 100 Jahren erkannt und benannt<sup>1</sup>, in Theorie und Praxis hat er auch Lösungen entwickelt, indem er der Prävention den Vorrang gab, früh schon, im Werden des Menschen – und diese Erkenntnisse gelten bis heute, auch wenn sie noch immer zu wenig beachtet werden.

Hinzu kommt: Ein Blick auf die Menschheitsgeschichte zeigt, dass es – bei allen nach wie vor hochproblematischen Punkten und bei allen Rückschlägen – tatsächliche Fortschritte in den politischen Verhältnissen gegeben hat: in der allgemeinen Rechtsentwicklung, in der Verfassungsentwicklung der Staaten und durch das Völkerrecht auch in den internationalen Beziehungen.

### Vielleicht hat die Kanzlerin dieses Mal recht

Auch die deutsche Kanzlerin *Angela Merkel* hat in ihrer Regierungserklärung zur Corona-Pandemie vor dem Deutschen Bundestag am 23. April Dinge gesagt, die man nicht gleich als Ausdruck von Machtpolitik abtun sollte.

Eine Woche zuvor hatten die Regierungschefs der Bundesländer gemeinsam mit der Kanzlerin Beschlüsse zur Lockerung des bisherigen «Shutdown» («Lockdown») beschlossen. Die Kanzlerin sagte nun im Bundestag: «Ich trage die Beschlüsse, die Bund und Länder am Mittwoch letzter Woche getroffen haben, aus voller Überzeugung mit. Doch ihre Umsetzung seither bereitet mir Sorgen. Sie wirkt auf mich in Teilen sehr falsch, um nicht zu sagen: zu falsch. [...] Lassen Sie uns jetzt das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren! Es wäre jammer-schade, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft. Bleiben wir alle auf dem Weg in die nächste Phase der Pandemie klug und vorsichtig. Das ist eine Langstrecke, bei der uns nicht zu früh die Kraft und die Luft ausgehen dürfen.»

Es ist verständlich, dass die meisten Menschen die mit den Massnahmen gegen die Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen gerne aufgehoben sehen möchten. Es ist auch richtig, dass sich jede Einschränkung nachvollziehbar auf ihren Sinn und ihre Angemessenheit hin überprüfen lassen muss – von der Sache des Schutzes von Gesundheit und Leben her, aber auch im weitergehenden Sinne, zum Beispiel rechtlich. Es ist auch richtig und wichtig zu korrigieren, wenn Freiheitsrechte unverhältnismässig stark eingeschränkt worden sind.

Aber kann das rechtfertigen, die bisherigen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie so radikal in Frage zu stellen, wie dies zum Teil geschieht?

### Rechts- und Verfassungsbruch sind nicht erlaubt

In diesem Zusammenhang gilt es hervorzuheben, dass sich alle Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Rahmen von Recht und Gesetz bewegen müssen. Der Gebrauch des Wortes «Ausnahmestand» im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ist deshalb missverständlich ... und führt sogar in eine komplett falsche Richtung, wenn er mit dem wohl bekanntesten Theoretiker des Ausnahmestandes, dem deutschen Staatsrechtler und zeitweiligen Unterstützer der Nationalsozialisten *Carl Schmitt*, in Verbindung gebracht wird. Die Corona-Pandemie ist kein «Ausnahmestand» im Sinne einer Situation jenseits der Verfassungsordnung. Verfassungen freiheitlich-demokratischer Rechtsstaaten sind nicht nur für das «schöne Wetter» geschaffen. Sie sollen auch für Notsituationen gelten. Verfassungsbrüche durch den Staat und seine Organe sind auch in einer solchen Notsituation nicht zu akzeptieren. Hier ist jedes betroffene Land gefordert.

Das deutsche Grundgesetz formuliert in seinem Artikel 2, Absatz 2 das für jeden in Deutschland Lebenden geltende «Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit». Dies ergibt sich unmittelbar aus der Unantastbarkeit und Schutzwürdigkeit der Würde jedes Menschen und aus dem Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten; denn das Leben ist das Fundament der Wahrnehmung der Menschenrechte. Der Schutz von Gesundheit und Leben hat Verfassungsrang.

### Was bedeutet Freiheit?

Artikel 2, Absatz 1 des Grundgesetzes kennt auch für jeden in Deutschland Lebenden das «Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit». Damit ist aber nicht gemeint, dass jeder tun und lassen kann, was er will. Das Bundesverfassungsgericht hat schon früh darauf hingewiesen, dass dieses Recht im Rahmen der Sozialnatur des Menschen zu verstehen ist. Derselbe Satz, der dieses Grundrecht formuliert, geht dementsprechend wie folgt weiter: «... soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfas-

sungsmässige Ordnung oder das Sittengesetz verstösst.» Alle Freiheitsrechte unterliegen Beschränkungen, eben auch die Rechte, die jetzt durch die staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vorübergehend eingeschränkt sind. Es gilt aber auch: «In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.»

Seit den eine Reihe von Grundrechten eingeschränkten Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie in Deutschland gibt es eine Kontroverse um die Verfassungsmässigkeit der beschlossenen Massnahmen.<sup>2</sup> Im einzelnen müssen die anstehenden Fragen von der Rechtswissenschaft gründlich diskutiert werden – möglichst so, dass diese Diskussionen auch für alle Bürger verständlich sind – und von den zuständigen Gerichten beurteilt werden. Endgültige Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu diesen Fragen liegen noch nicht vor. Die bisherigen Anträge auf einstweilige Anordnungen wurden vom Gericht mehrheitlich abgelehnt<sup>3</sup>, zwei Anträgen zur Versammlungsfreiheit (Demonstrationen und Gottesdienste) wurde bislang stattgegeben (Stand 29. April 2020).

### Der Vorrang des Rechts gilt auch für die Völkergemeinschaft

Der Vorrang des Rechts gilt auch für die Völkergemeinschaft. Hier gilt es, das geltende Völkerrecht zu achten, wie es vor allem in der Charta der Vereinten Nationen und in den beiden verbindlichen Internationalen Pakten über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ausformuliert wurde. Auch in Zeiten der Corona-Pandemie gilt das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Grundsatz der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Die WHO kann nicht für alle Staaten und Völker ein einheitliches Konzept verordnen. Konzepte, die für freiheitlich-demokratische Rechts- und Sozialstaaten geeignet sind, eignen sich nicht im gleichen Masse für alle Staaten. Vor Ort muss entschieden werden, was angemessen ist, und es ist allen Völkern zu wünschen, dass sie nicht mit Top-down-Programmen behelligt werden, sondern Regierungen, Parlamente und Völker gemeinsam nach gangbaren Wegen suchen.

### Aber auch wir Bürger ...

Aber auch wir Bürger in Ländern wie der Schweiz, Österreich oder Deutschland sind aufgerufen, uns selbst zu prüfen. Wie ernst nehmen wir noch die Gefahren, die vom Corona-Virus ausgehen? Halten wir die grundlegenden Schutzbestimmungen wie Abstandsregeln und Hygieneempfehlungen konsequent ein? ...

Die Fragen an uns selbst dürfen aber auch weitergehen. Sehen wir Denk- und Verhaltensweisen im eigenen Leben, die mit zur weltweiten Ausbreitung des Virus beigetragen haben könnten? Ist es wirklich sinnvoll, nach dem Ende der Pandemie genauso weiterleben zu wollen wie vorher? ...

Das nun zu beobachtende Abgleiten der Pandemie-Diskussion in eine politische Polarisierung ist demgegenüber ein ernstzunehmendes Problem. Auch hier darf man ruhig fragen: Cui bono? •

<sup>1</sup> vgl. «Corona – Ethik, Vernunft ... und Psychologie»; in: *Zeit-Fragen* Nr. 7 vom 7.4.2020, S. 7

<sup>2</sup> Wer in einer Suchmaschine die Begriffe «Grundgesetz» und «Corona» eingibt, kann sich ein wenig ein Bild von dieser Kontroverse machen.

<sup>3</sup> So heisst es in einer Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 8. April 2020 («Erfolglose Eilanträge im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie», *Pressemittteilung Nr. 23/2020*) zu einem Beschluss des Gerichts vom 7. April 2020: Die Folgen der staatlichen Schutzmassnahmen seien «zwar schwerwiegend, aber nicht im geforderten Mass unzumutbar. Es erscheint nicht untragbar, sie [die eingeklagten Freiheitsrechte] vorübergehend zurückzustellen, um einen möglichst weitgehenden Schutz von Leben und Gesundheit zu ermöglichen, zu dem der Staat grundsätzlich auch nach der Verfassung verpflichtet ist. Gegenüber den Gefahren für Leib und Leben wiegen die Einschränkungen der persönlichen Freiheit [unter dem Vorbehalt der zeitlichen Befristung] weniger schwer.»

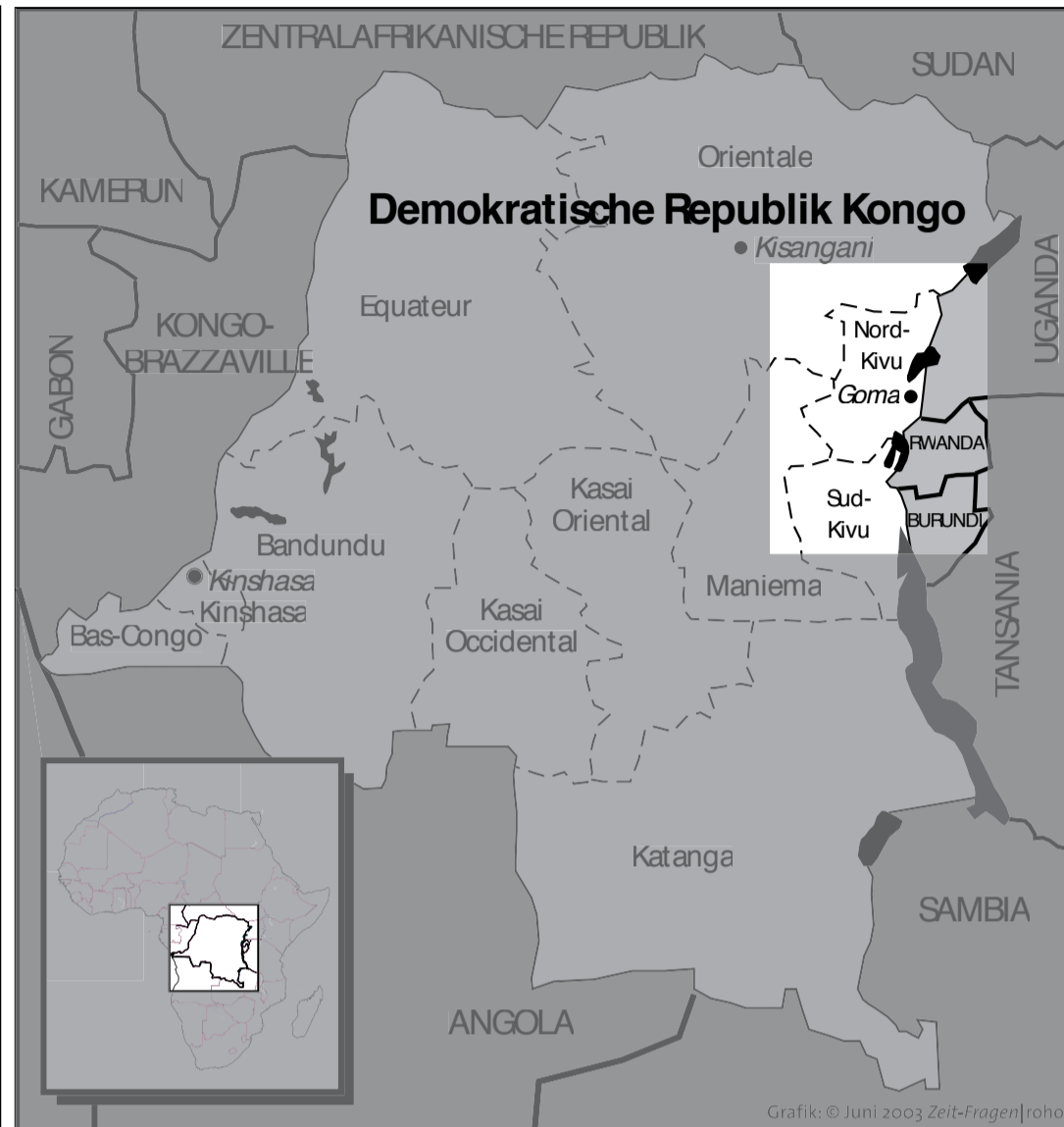
# Ende der Vertuschungen?

## Ruanda-Kolloquium im französischen Senat

von Peter Küpfer

Am 6. März 2020 hat im Rahmen der regelmässig durchgeführten Kolloquien des französischen Senats ein Ereignis stattgefunden, das vermutlich noch weitere Kreise zieht. Auf dem Programm zu grundsätzlichen Fragen des französischen Staats, gerade auch umstrittenen, stand nämlich ein bisher noch nie geklärter Komplex der jüngsten Geschichte: die wirkliche Geschichte des Völkermords in Ruanda des Jahres 1994 und die Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang gegen die französische Regierung erhoben wurden. Zeitzeugen, hohe Verantwortliche der damaligen französischen Regierung und Autoren entkräfteten viele dieser Vorwürfe mit Bezug auf die Fakten und heute zugängliche Archivadokumente. Das Kolloquium war aber auch wegen seines zweiten Schwerpunkts ein bemerkenswertes Ereignis. Zum erstenmal verschaffte nämlich das offizielle Frankreich an diesem Anlass auch gewichtigen Stimmen Gehör, welche die tragischen Ereignisse von 1994 seit Jahren anders gewichten als die offizielle ruandische Version. Das ruandische Drama ging in der von den Leitmedien seit Jahrzehnten kritiklos übernommenen «offiziellen» Version als Völkermord der Hutu-Mehrheit an der Tutsi-Minderheit in die jüngere Geschichtsschreibung ein. Kritiker und Zeitzeugen betonen gegenüber dieser einseitigen Sicht seit vielen Jahren, dass diese offiziell von der Regierung Kagame verbreitete Version wichtige historische Ereignisse auslässt. Die aktuelle ruandische Regierung unter dem Alleinherrscher Paul Kagame sieht sich als Erbe der Opfer des Völkermords. Damals fanden nahezu eine Million Ruander den Tod, die meisten von ihnen von fanatisierten Horden auf offener Strasse niedergemacht. Was nicht in den grossen Leitmedien steht, ist bisher nur von mutigen Zeitzeugen und auf eigene Faust aktiv gewordenen Autoren mit allerdings erdrückender Faktenlage belegt. Das Kolloquium im französischen Senat gab ihnen Gelegenheit, ihre diesbezüglichen Forschungen und daraus abgeleiteten Befunde öffentlich zu bezeugen. Der Anlass könnte zu einer dringend notwendigen differenzierteren Betrachtung führen, allerdings muss dazu die Perspektive unterschieden verbreitet werden.

Die am Kolloquium präsentierten Fakten lassen sich so zusammenfassen: Es fand in Ruanda vor und nach den blutigen drei Monaten von April bis Juni 1994 ein weiteres systematisches Abschachten Tausender von Opfern statt, diesmal begangen von den seither wieder allein an der Macht sich befindlichen Tutsi der Guerillaorganisation «Ruandische Patriotische Front» unter dem Befehl ihres damaligen Generals Paul Kagame, seit damals vom



Westen unterstützter und bisher offiziell nie angefochtener ruandischer Diktator, der seit diesem Eroberungskrieg gegen die rechtmässige ruandische Ausgleichsregierung fest im Sattel seiner Alleinherrschaft sitzt. Damit fällt ein düsteres Licht auf eine Regierung, die sich rühmt, dem ruandischen Genozid endlich Einhalt geboten zu haben und sich seither nur in der Opferrolle präsentiert. Demgegenüber bezeugte das Kolloquium des französischen Senats mit einer Vielzahl von Interventionen namhafter Zeugen und Historiker: Ruanda kannte 1994 mehrere Völkermorde, nicht nur einen. Vom ersten Völkermord in Ruanda, begangen von den Tutsi an der Hutu-Zivilbevölkerung in den Monaten vor und nach ihrer gewaltsamen Machtergreifung, weiss die Öffentlichkeit bis heute kaum etwas – im Prinzip gilt auch hier: Wir wissen das, was unsere Medien bringen. Was sie verschweigen, entzieht sich weitgehend dem kollektiven Bewusstsein. Dies wurde an diesem 6. März 2020 ein weiteres Mal bewusst. Das Kolloquium entkräftete auch die Geltung der ebenfalls von Ruanda lauthals vertrete-

nen Anklage, Frankreich habe die extremen Hutu-Milizen bewaffnet und trage damit eine schwere Verantwortung am ruandischen Völkermord.

### Unterdrückte Wahrheiten

Die Durchführung des Kolloquiums wurde im Vorfeld heiss bekämpft, an vorderster Front von der heute fest im Sattel sitzenden Tutsi-Minderheitsregierung unter Diktator Paul Kagame. Die am Kolloquium auftretenden Zeitzeugen und Buchautoren wiesen darauf hin, dass für Kagame durchaus Grund besteht, die geschichtliche Wahrheit zu unterdrücken (siehe Kasten «Unheimlicher Friedensbringer», S. 5). In einem blutigen Krieg gegen die Ausgleichsregierung von *Habyarimana*, der von 1990 – 1994 dauerte, eroberte die RPF unter Kagames Führung im Sommer 1994 die Alleinherrschaft in Ruanda zurück. Dabei ging sie massiv gegen die fliehenden Restbestände der ruandischen Armee vor und verhaftete nach ihrem Sieg Funktionäre, Intellektuelle, Journalisten und Politiker der bishe-

rigen Mehrparteienregierung, die meisten unter der Anklage, sie hätten den Völkermord unterstützt, welcher den Monaten und Wochen der RPF-Machtergreifung (unter Kagame) vorausging. Als Schlagwort kursierte die gefährlich verallgemeinernde Bezeichnung «génocidaire» (Völkermörder). Mit diesem Attribut belegt die Kagame-Regierung seit ihrer Machtergreifung jede kritische Stimme, die sich gegen sie richtet.

### «Modellstaat» mit Schattenseiten

Seit die ruandische Ethnie der Tutsi-Minderheit (ca. 10% der ruandischen Bevölkerung) nach einem vierjährigen Bürgerkrieg sich im Sommer 1994 unter Paul Kagame wieder als allmächtige Alleinpartei und Diktatur fest in Kigali etablierte, ist der Zwergstaat für westliche Mächte und Politiker aller Couleur einer der «modernen» afrikanischen Vorzeigestaaten geworden, die alles richtig machen, zumindest für westliche Augen. Dass seit 1994 Tausende von ehemaligen Angehörigen der ruandischen Armee, Journalisten, Politiker, Kulturschaffende und Intellektuelle in grauenhaften Zellen schmachten, wie am Kolloquium bezeugt wurde, nachdem sie in Schnellurteilen von den Siegern als «génocidaires» (Völkermörder) verurteilt worden sind; dass nur eine Partei regiert, diejenige des Diktators Paul Kagame, und jede Kritik als «Rassismus» denunziert wird, wussten bisher nur wenige, die sich nicht abhalten liessen, den historischen Fakten nachzugehen. Sie in Ruanda öffentlich zu benennen, kommt einem Selbstmord gleich. Als nur ein Beispiel dafür steht das Schicksal des in der ganzen Welt bekannten regimekritischen ruandischen Sängers und Poeten *Kizito Mihigo*, der sich in seiner Zelle angeblich erhängt haben soll. Seine engsten Vertrauten ziehen das in Zweifel und erheben den Vorwurf, er sei vom Regime «beseitigt» worden. Am Kolloquium sagte der ehemalige ruandische Botschafter der demokratisch gewählten Vorgängerregierung, *Jean-Marie Vianney Ndagijima* (heute im politischen Exil in Frankreich): «Der Tod Kizito Mihigos ist ein weiteres Beispiel für die Intoleranz des Regimes von Kigali.» Noch gewichtiger sind seine Aussagen zur Existenz des zweiten, bisher offiziell unbeachtet gebliebenen ruandischen Völkermords, begangen von denjenigen, die sich bis zum heutigen Tag nur in der Rolle der Opfer sehen: «Die Truppen der Ruandischen Patriotischen Front haben 1994 zwischen Juli und September 40 000 Personen massakriert. War das etwa kein Genozid?» Bei diesen nach der Machtergreifung der RPF Getöteten handelte es sich vorwiegend um Hutu und im Land gebliebene gemässigte Tutsi, die in den Jahren des ruandischen Bürgerkrieges für den Ausgleich der beiden ethnischen Gruppierungen eingetreten waren.

### Belastende Zeugnisse

An der Tagung bezeugten auch zwei besonders mutige Autoren mit Hinweisen auf ihre eigene langjährige Forschungsarbeit, dass die schmerzliche jüngere Geschichte Ruandas zwei Seiten hat. Der eine ist *Charles Onana*, Journalist und Buchautor mit kamerunischen Wurzeln und heute nach Kanada emigrierter Historiker mit Universitätsabschluss (Doktorat). Er hat inzwischen öffentlich zugängliche amerikanische, afrikanische und Uno-Archive durchforscht und Gespräche mit faktenkundigen Personen geführt, unter anderem mit Richtern, denen die entsprechenden Dossiers entzogen worden sind. Seine mit vielen Fakten ausgestatteten Bücher über das ruandische Drama beleuchten die Verbrechen gegen die Menschheit und andere schwere Verbrechen, nennen die Täter beim Namen und auch diejenigen, welche die Greuelthaten planten und deckten. Der Autor vertritt dabei markante Gegenthesen zur offiziellen Version, die inzwischen von zahlreichen Zeitzeugen und Forschern geteilt werden. Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

### Corona und Afrika: Die Gesundheitskrise ist schon jetzt eine Wirtschaftskrise

pk. In französischsprachigen Medien wurde der dringliche Appell von *Tedros Ghebreyesus*, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), ausführlich wiedergegeben und kommentiert (Pressekonzferenz vom 18. März 2020). Politische Beobachter weisen schon länger darauf hin, dass die Gesundheitssysteme vieler afrikanischer Staaten überfordert sind. Einige halten die neue Bedrohung durch das Covid-19-Virus deshalb für eine «Zeitbombe, welche den ganzen Kontinent bedroht». Diesen warnenden Stimmen schliesst sich auch der Generaldirektor der WHO an.

Ghebreyesus qualifiziert das Virus als Bedrohung für die Menschheit. Wörtlich sagte der Direktor der Weltgesundheitsorganisation, «die afrikanischen Staaten könnten von einer noch nie dagewesenen gesundheitlichen Katastrophe heimgesucht werden». Neben dem Mangel an prophylaktischem und medizintechnischem Material, wie zum Beispiel Masken oder Atemgeräten, stellen auch die bestehenden Realitäten in vielen afrika-

nischen Grosstädten eine wirksame Prophylaxe vor grosse Probleme. Sie sind sozialer, aber auch wirtschaftlicher Natur. Sachverständige erwähnen in diesem Zusammenhang enge Wohnverhältnisse sowie die generelle Kontaktnähe im afrikanischen Alltag. In vielen Gebieten ist die Lebensmittelversorgung schon jetzt prekär. Bereits erfolgte Stilllegungen von Industrieanlagen verschärften die Arbeitslosigkeit. Die offiziellen Zahlen der von Corona Betroffenen (sie weisen im Moment auf erstaunlich wenig Infizierte hin) werden von Experten angezweifelt. Andere machen auf den zunehmenden Wassermangel infolge der Klimaerwärmung aufmerksam: «Wir sollen uns fleissig die Hände waschen – aber wir haben kein Wasser», so eine medizinische Pflegerin in einem Spital in Simbabwe. In Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse und der schlechten Wirtschaftsprognosen gerade auch für Afrika halten Finanzexperten einen Schuldenschnitt sowie Zinsaufschübe für zahlreiche afrikanische Länder für

dringend geboten. In einem Interview, veröffentlicht in der «Neuen Zürcher Zeitung» (29.4.2020), bedauert der Direktor des Tropeninstituts der Universität Basel, *Christian Lengeler*, dass die für 2020 geplante Breitenaktion zur Prophylaxe gegen die hartnäckige Geisel Afrikas, die Malaria, wegen finanzieller Engpässe nun nicht so durchgeführt werden kann wie geplant. Wenn die Prophylaxeaktion mittels der breiten Propagierung und Zurverfügungstellung von Mückennetzen nicht greife, so könnten auch die Malariaerkrankungen in nächster Zeit sprunghaft ansteigen. Wenn dann die Spitalbetten in den Notfallabteilungen infolge Zunahme von Corona-Erkrankten knapp würden, sei das Gesundheitssystem der betroffenen Länder zusätzlich bedroht. Negativ wirke sich auch aus, dass die Bevölkerung in vielen afrikanischen Staaten ihren Behörden nicht traue und deshalb die Prophylaxe-Anordnungen bezüglich von Corona-Ansteckungen nicht oder wenig konsequent befolge.

# Die bewaffnete Nato «bekämpft das Coronavirus»

von Manlio Dinucci



Manlio Dinucci  
(Bild zvg)

Die 30 Nato-Aussenminister (*Luigi Di Maio* für Italien) kamen am 2. April 2020 per Videokonferenz zusammen und beauftragten US-General *Tod Wolters*, den Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa, «die notwendige militärische Unterstützung zur Bekämpfung der Coronavirus-Krise zu koordinieren».

Es ist derselbe General, der am 25. Februar 2020 im Senat der Vereinigten Staaten erklärte, dass «die Nuklearstreitkräfte jede militärische Operation der USA in Europa unterstützen». Und: «Ich bin ein Fan einer flexiblen Politik des Ersteinsatzes von Kernwaffen, das heisst eines nuklearen Überraschungsangriffs».<sup>1</sup>

General Wolters ist der Oberbefehlshaber der Nato als Leiter des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten. Er ist somit Teil der Befehlskette des Pentagons, die absolute Priorität hat. Seine strengen Regeln werden durch die neueste Episode bestätigt: Der Kommandant des Flugzeugträgers *Roosevelt*, *Brett Crozier*, wurde seines Kommandos enthoben, weil er angesichts der Ausbreitung des Coronavirus an Bord gegen die

militärische Geheimhaltung versties, indem er Hilfsgüter forderte.

Um die «Coronavirus-Krise zu bekämpfen», hat General Wolters «für militärische Flüge schnellste Wege durch den europäischen Luftraum geschaffen», während zivile Flüge fast verschwunden sind.

Die schnellsten Wege werden auch von den strategischen US-Bombern B2-Spirit für Nuklearangriffe genutzt: Am 20. März 2020 starteten sie vom englischen Fairford aus und flogen zusammen mit norwegischen F-16-Kampfflugzeugen in die Arktis in Richtung russisches Territorium. Auf diese Weise – so erklärt General *Basham*, stellvertretender Kommandeur der US-Luftwaffe in Europa – «können wir schnell und effektiv auf Bedrohungen in der Region reagieren und unsere Entschlossenheit demonstrieren, unsere Kampfkraft überall auf der Welt einzusetzen».

Während sich die Nato dem «Kampf gegen das Coronavirus» in Europa verschrieben hat, schickten zwei der wichtigsten europäischen Bündnispartner, Frankreich und Grossbritannien, ihre Kriegsschiffe in die Karibik.

Das amphibische Sturmschiff *Dixmund* segelte am 3. April von Toulon nach Französisch-Guayana zu einer, wie Präsident *Macron* es nennt, «beispiellosen militärischen Operation», die im Rahmen des «Kriegs

gegen das Coronavirus» als «Resilienz» bezeichnet wird.<sup>2</sup>

Dixmund kann die sekundäre Funktion eines Lazarettsschiffes mit 69 Betten und 7 Plätzen für die Intensivpflege übernehmen. Die Hauptfunktion dieses grossen Schiffes, 200 Meter lang und mit einem Flugdeck von 5000 m<sup>2</sup>, ist die eines amphibischen Angriffs: Nähert es sich der feindlichen Küste, greift es mit Dutzenden von Hubschraubern und Landungsbooten an, die Truppen und gepanzerte Fahrzeuge transportieren.

Ähnliche Merkmale, wenn auch in kleinerem Massstab, hat das britische Schiff *RFA Argus*, das am 2. April nach Britisch-Guyana fuhr.<sup>3</sup>

Die beiden europäischen Schiffe werden in denselben karibischen Gewässern in der Nähe von Venezuela in Stellung gehen, wo die Kriegsflotte ankommt – mit den modernsten Küstenkampfschiffen (ebenfalls von der italienischen *Leonardo Company* für die US-Marine gebaut) und Tausenden von Marinesoldaten – die von Präsident *Trump* offiziell entsandt wurden, um den Drogenhandel zu stoppen.

Er wirft dem venezolanischen Präsidenten *Maduro* vor, «die Coronavirus-Krise auszunutzen, um den Drogenhandel zu steigern, mit dem er seinen Drogenstaat finanziert». Ziel der Operation, die von der Nato unterstützt wird, ist die Verschärfung des

Embargos, um Venezuela (ein Land mit den grössten Ölreserven der Welt), dessen Situation durch das sich ausbreitende Coronavirus noch verschärft wird, wirtschaftlich zu strangulieren.<sup>4</sup>

Ziel ist die Absetzung des regulär gewählten Präsidenten *Maduro* (auf dessen Kopf die USA eine Belohnung in Höhe von 15 Millionen Dollar ausgesetzt haben) und die Einsetzung einer Regierung, die das Land in den Einfluss der US-Dominanz bringt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Zwischenfall als Vorwand für die Invasion Venezuelas herbeigeführt wird. Die Coronavirus-Krise schafft günstige internationale Bedingungen für eine Operation dieser Art, die vielleicht als «humanitär» dargestellt wird.

<sup>1</sup> «Le Docteur Folamour veille sur notre santé», par Manlio Dinucci, Traduction Marie-Ange Patrizio, *Il Manifesto* (Italie), *Réseau Voltaire* vom 27.3.2020

<sup>2</sup> «Départ du porte-hélicoptères Dixmude vers la zone Antilles-Guyane», *AFP* vom 3.4.2020

<sup>3</sup> «RFA Argus sails for the Caribbean today ready to provide medical support if needed», *Save the Royal Navy*, 2.4.2020

<sup>4</sup> «Das Pentagon weigert sich, Präsident Nicolas Maduro zu entführen», *Voltaire Netzwerk* vom 7.4.2020 (Übersetzung *Horst Frohlich*)

Quelle: *Il Manifesto* vom 13.4.2020

(Übersetzung K. R.)

## «Ende der Vertuschungen?»

Fortsetzung von Seite 4

Es ist unbestritten, dass das Attentat vom 6. April 1994 auf den damals regierenden demokratisch gewählten Ausgleichspräsidenten *Juvénal Habyarimana* die Schlächtereien in Kigali und dann im ganzen Land ausgelöst haben. Bei der Landung auf dem Flughafen von Kigali wurde das präsidiale Flugzeug von einer Boden-Luft-Rakete getroffen und stürzte ab. Im Flugzeug befanden sich neben dem ruandischen Präsidenten auch der Oberkommandierende der ruandischen Armee, weitere ruandische hohe Offiziere sowie Cyprien Ntaryamira, der amtierende Präsident Burundis, sowie die französische Crew. Sie alle kamen bei dem professionell durchgeführten Attentat ums Leben. Die Urheber des Attentats wurden nie identifiziert, die bestehenden detaillierten Anklagedossiers schubladisiert. Nur Stunden, nachdem die Nachricht des Attentats auf den ruandischen Präsidenten *Juvénal Habyarimana* verbreitet wurde (ein Hutu, der auch noch in den Bürgerkriegsjahren eine Politik des Ausgleichs aller Bevölkerungsgruppen betrieben hatte), gingen noch in der gleichen Nacht die gezielten Tötungsaktionen extremistischer Hutu (die berüchtigten *Interahamwe*) los und entfalteten in den nächsten Tagen und Wochen ihre apokalyptischen Ausmasse. Onana führt in seinen Büchern eine faktenreiche Indizienkette an, die den Schluss zulässt: Die bis heute unbestraften Täter des Attentats waren eine Spezialgruppe der RPF, kommandiert vom Generalstab unter Kagame, wenn nicht von ihm selbst. Wenn dies so ist, und sehr vieles spricht dafür, dann hat der jetzige ruandische Staatspräsident selbst den Genozid an den Angehörigen seiner eigenen ethnischen Gruppe, den Tutsi, ausgelöst. Denn der erfahrene Söldnergeneral und ehemalige ruandische Geheimdienstgeneral war über jedes Detail informiert, das sich in der Endphase «seines» Krieges zur Rückeroberung der Macht in der ruandischen Hauptstadt Kigali tat. Er wusste genau, was nach einem solchen Attentat geschehen würde: dass dann das schon lang vorbereitete Schlachten der Hutu gegen die der Tat verdächtigen Tutsi (Die RPF war in all den Kriegsjahren kompromisslosester Gegner der Verständigungspolitik von *Habyarimana* gewesen!) losgehen würde, wie es dann auch der Fall war. Trotzdem – oder muss man sogar sagen: gerade deshalb? – hat er es ausgelöst.

### Straflos gebliebene Täter

Eine zweite unermüdliche und mutige Forscherin des aufgezwungenen Dunkels ist die kanadische Autorin *Judy Rever*. Auch sie konfrontierte die Teilnehmer des Kolloqui-

«Was nicht in den grossen Leitmedien steht, ist bisher nur von mutigen Zeitzeugen und auf eigene Faust aktiv gewordenen Autoren mit allerdings erdrückender Faktenlage belegt. Das Kolloquium im französischen Senat gab ihnen Gelegenheit, ihre diesbezüglichen Forschungen und daraus abgeleiteten Befunde öffentlich zu bezeugen.»

ums mit ihren Ergebnissen. Die Journalistin arbeitete mit Spezialgebiet Afrika bei *Radio France International* und *Agence France Press* und hat vor einem Jahr ein vielbeachtetes Buch über die zur Debatte stehenden Ereignisse veröffentlicht. Sein Titel: «In Praise of Blood. The Crimes of the Rwandan Patriotic Front». Darin bestärkt die Afrika-Spezialistin *Charles Onanas* Vorarbeit und weitet sie auf die noch ganz im Dunkeln liegende, gleichermassen höchst düsterere Geschichte dessen aus, was viele Zeugen der RPF vor und nach ihrer Rückeroberung der Macht in Ruanda vorwerfen: Ab den ersten Kriegsjahren und Rückeroberungen ruandischer Gebietsteile habe die Front in den von ihr «befreiten» Gebieten systematisch Angehörige der Hutu in Massenezekutionen buchstäblich «liquidiert» und damit in Ruanda Hassgefühle und Ängste geschürt. Die Ereignisse des Völkermords an den Tutsi waren von diesen Emotionen geprägt und finden so teilweise eine Erklärung (nicht zu verwechseln mit ihrer Rechtfertigung!). Noch drastischer: Gestützt auf Zeitzeugen und die Dokumente ernsthaft-

ter kongolesischer Menschenrechtsgruppierungen und zahlreicher ausführlicher Unoberichte (ohne Folgen!) kommt *Judy Rever* zum Schluss: Beim Blitzkrieg von *Laurent Désiré Kabila* und seiner AFDL, begannen im November 1996 mit der Einnahme von Goma, Bukavu und dem ganzen Kivu (Ostprovinz der Demokratischen Republik Kongo), ein Krieg gegen den Kongo, der ein Jahr später zum Sturz von *Mobutu* führte, hatte in Wirklichkeit die ruandische Regierung unter Kagame, einem «Experten» in der Führung eines modernen Dschun- gelkrieges, die militärische Führung inne. Rever erwähnt, weite Teile dieser fälschlicherweise als «Rebellen» bezeichneten Allianz seien neben amerikanischen Beratern und ugandischen Offizieren mit militärisch erfahrenen ruandischen Einheiten der ehemaligen RPF bestückt gewesen. Diese Armee beschoss nicht nur die Flüchtlingslager rund um Goma und Bukavu, in welche sich Hunderttausende von Hutus nach der Machtübernahme der Tutsi 1994 panikartig geflüchtet hatten, sie trieb danach die Überlebenden zu Tausenden in den Dschun-

gel, verfolgte sie und liquidierte sie systematisch, ohne dass die inzwischen auch im Kongo zu Rang und Namen gekommenen Täter (wie Vater und Sohn Kabila, aber auch der von ihnen zum Oberbefehlshaber der kongolesischen Armee ernannte *Jame Kabarebé*, Intimfreund und politischer Ziehvater von *Joseph Kabila*) sich je vor Gericht für ihre Verbrechen gegen die Menschheit hätten verantworten müssen. Die Zahl der so zu Tode gekommenen Hutu-Flüchtlinge soll nach Berechnungen des Uno Hochkommissariats in die Hunderttausende gehen. Sämtliche Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen dieses weiteren ungeheuerlichen Verbrechens gegen die Menschheit, viele von ihnen hohe Amtsträger der gegenwärtigen ruandischen und kongolesischen Regierung, verliefen bisher im Sande.

Über *Judy Revers* Buch urteilt ein Leser, der lange in Burundi lebte und die Ereignisse in Ruanda aufmerksam mitverfolgte, mit folgenden Worten:

«Dass es in Ruanda 1994 einen grausamen Völkermord an Ruandas Tutsis gab, bezweifelt weder die Autorin noch sonst jemand. Rever zeigt jedoch auf, wie Kagames Invasion in Ruanda von 1990 und die Massaker, die seine RPF im Norden des Landes an Hutus verübte, das Land destabilisierte und Hass und echte Angst unter Hutus schürte. War Kagame nicht bewusst, dass diese Invasion und dann der Abschuss des Flugzeuges von Präsident *Habyarimana* am 6. April 1994 (der nach wichtigen Indizien der RPF zugeschrieben werden muss) in einer Gewaltexplosion enden würde? [...] An den schrecklichen Völkermord an Tutsis schlossen sich dann ethnische Säuberungsaktionen und üble Massaker der RPF an Hutus an, später auch unter den nach Zaire [heute Demokratische Republik Kongo, Anm. d. A.] geflohenen Hutus, die über eine Zerschlagung der dortigen *Interahamwe*-Strukturen, die man rechtfertigen würde, weit hinausgingen. Die Gesamtzahl der Hutu-Opfer steht derjenigen des Völkermordes an Tutsis möglicherweise nicht sehr viel nach. Kagames von ihm selbst äusserst sorgfältig gepflegtes Image als edler Retter Ruandas bedarf einer Korrektur. Dieses Buch musste geschrieben werden.» (*Walter Leuchs*, 9.4.2019, publiziert auf der Webseite des Verlags)

Literatur zum Thema:

Onana, *Charles*: *Ces tueurs tutsi. Au coeur de la tragédie congolaise*, Paris, 2009 (Ed. Dubois), nur franz., im Moment anscheinend vergriffen

Onana, *Charles*: *Rwanda, La vérité sur l'Opération turquoise*. Quand les archives parlent, Paris 2019 (Ed. de l'Artilleur), nur franz.

*Judy Rever*: *In Praise of Blood. The Crimes of the Rwandan Patriotic Front*, Penguin Random House, Paperback, 2020, ISBN 9780345812100, nur engl.

## Unheimlicher «Friedensbringer»

pk. *Paul Kagame*, der heutige Staatspräsident Ruandas, dem westliche Regierungen gerne den roten Teppich ausrollen (ausser Frankreich, wo er Gefahr läuft, als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt zu werden), wuchs wie viele Söhne einflussreicher Tutsi-Familien in Uganda auf. Sie sahen bei der Staatsgründung des nachkolonialen Ruanda 1962 (mit seiner nun republikanischen Verfassung) keine Chance mehr für ihre jahrhundertlang bestehende Minderheiten-Eliteherrschaft und gingen nach Uganda ins Exil. Wie viele exilierte junge Tutsi der zweiten Generation in Uganda trat auch der junge *Paul Kagame* früh der ugandischen Armee bei und erlangte in *Yoweri Musevenis* Geheimdienst den Rang des Vizedirektors. Museveni ist der von den USA und Grossbritannien ebenfalls hofierte Alleinherrscher Ugandas, der wie sein «Schüler» *Kagame* durch Waf-

fengewalt an die Staatsspitze gelangte. *Kagame* wurde in den ersten Jahren des «Bürgerkriegs» (es war in Wahrheit ein von Uganda unterstützter Rückeroberungskrieg der exilierten ehemaligen Tutsi-Elite an die Macht) auf einer amerikanischen Elite-Militärschule zum nachmaligen gefürchteten Guerillakämpfer ausgebildet und von dort direkt an die Front im ugandisch-ruandischen Grenzgebiet zurückgeschickt. Dort stellte er sich sofort an die Spitze der inzwischen gegründeten Guerillaarmee zur Rückeroberung der Tutsi-Macht in Ruanda, der dann Angst und Schrecken säenden «Ruandischen Patriotischen Front» (RPF). Viele Experten halten *Kagame* für das Hirn, den Urheber und den Hauptverantwortlichen für das Flugzeugattentat vom 6. April 1994, welches das Blutvergiessen der folgenden Wochen und Monate auslöste.

# Brexit – Zurück zur Souveränität

Interview mit Brian Denny, Gewerkschafter aus Grossbritannien



Brian Denny  
(Bild rupture)

Der grosse britische Gewerkschaftsbund TUC hatte sich zwar gegen den Brexit ausgesprochen, doch ein grosser Teil der Basis war dafür. Brian Denny, Gewerkschafter in der Gewerkschaft RMT (National Union of Rail, Maritime and Transport Workers;

mit mehr als 80000 Mitgliedern besonders im Transportwesen verankert), macht eine Bestandsaufnahme.

**Ruptures:** Mit der Coronakrise steht das Vereinigte Königreich vor seiner ersten Krise nach dem Brexit. Wird diese Situation anders gehandhabt, als es bei einer Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union der Fall gewesen wäre?

Brian Denny: Der Brexit ist ein Prozess der Wiedererlangung von Souveränität und Unabhängigkeit. Und in diesem Zusammenhang bestärkt die Epidemie die Entscheidung des Vereinigten Königreichs: Es ist klar, dass nur der Nationalstaat in der Lage ist, mit dieser Situation umzugehen und sich in der Krise zu organisieren. Die Europäische Union tut nichts, weil sie nichts dagegen tun kann. Sogar Emmanuel Macron sollte dies erkennen. Mehr und mehr Europa, mehr und mehr Globalisierung, immer weniger Grenzen, da trägt man in vollem Bewusstsein die ganze Last jeder Krise, indem man sich der unverzichtbaren Instrumente zu ihrer Bewältigung beraubt.

Die britische Regierung setzt beträchtliche finanzielle Mittel frei, um die Auswirkungen der Pandemie zu begrenzen. Wäre dies vor dem Brexit möglich gewesen?

Der Effekt ist eher psychologischer Natur als eine Frage, die den Haushalt oder das Recht betrifft: Wir wissen, dass diese Entscheidungen national sind, und deshalb sind wir in dieser Situation nur uns selbst gegenüber rechenschaftspflichtig. Dies wird konkret in der Coronakrise sichtbar, aber noch allgemei-

ner auf der Ebene, wo die Entscheidungen für die expansive Finanzpolitik getroffen werden. Der Plan der Regierung scheint darin zu bestehen, die Wirtschaft durch die Zuweisung der notwendigen öffentlichen Mittel zu entwickeln. Dies ist das Gegenteil der Sparidee, auf der die EU besteht, und ganz allgemein auch der Globalisierung.

Ist es nicht verwunderlich, dass die Konservative Partei, die sich bisher von einem ungezügelter Wirtschaftliberalismus leiten liess, eine solche Politik ins Werk setzt?

Es ist nicht so überraschend. Die Tories haben im Laufe ihrer Geschichte manchmal grossen Pragmatismus und ein echtes Verständnis der Situation gezeigt. Dieser Pragmatismus und dieses Realitätsbewusstsein zeigten sich nun auch beim Brexit: Die EU-Anhänger innerhalb der Tory-Partei haben jetzt deutlich gemacht, dass für sie die Sache erledigt ist – so zum Beispiel der ehemalige Vize-Premierminister unter John Major, Michael Heseltine, der unter den Konservativen einer der schärfsten Gegner des Brexit war. Die Bürger haben gewählt, und das Blatt hat sich gewendet. Man muss wirklich ein Sozialdemokrat sein, um das Gegenteil daraus zu machen ...

In der Tat ist dies nicht die Haltung von Jeremy Corbyn's Labour Party ...

Ein Teil der sehr gespaltenen Labour Party erklärt, dass ihr neues Ziel die baldige – am liebsten schon morgige – Rückkehr des Vereinigten Königreichs in die Europäische Union ist. Das wäre zum Lachen, wenn es nicht so dramatisch wäre. Diese Analysen sind grob und extrem vereinfachend, sie zeugen von Resignation und sind unangemessen. Sie sind charakteristisch für ein Denken, das zehn Jahre der Geschichte hinterherläuft!

Ist es nicht schmerzhaft für einen Gewerkschafter wie Sie, eine solche Erklärung abzugeben, die für die Konservativen günstiger ist als für die Labour Party?

Der Brexit hat von Anfang an die Rechts-Links-Spaltung überwunden. Es war immer klar, dass wir uns in einer wichtigen Souveränitätsfrage befanden, die über die üblichen Positionen auf dem politischen Schachbrett

hinausging. Das nationale Interesse hatte bei diesem Thema Vorrang.

Fürchten Sie aber nicht ein schwieriges Erwachen, wenn die Regierung, um politisch erfolgreich zu sein, die Voraussetzungen für eine weitgehende Deregulierung, insbesondere des Londoner Finanzplatzes, schafft, und zwar ohne jegliche Kontrolle?

Dieses Phänomen der extremen Liberalisierung der Finanzaktivitäten gab es leider schon vor dem Brexit in der City. Die Europäische Union hat nichts getan, um dieses Phänomen zu verhindern ... Und es ist in der Tat die Globalisierung, die die Sozialdemokraten so sehr anspricht – Anthony Blair war ein brillantes Beispiel dafür –, die die Idee dieser unbegrenzten und grenzenlosen Expansion des Finanzkapitalismus in sich trägt.

Auch um den Preis des Schwarzgeldes?

Man kann sich im Kontext der Globalisierung nicht gegen schmutziges Geld wehren, sie erzeugt und verbreitet es. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich eine starke Souveränität als viel effektiver erweisen. Natürlich ist der Brexit nicht die Lösung für alles. Es ist ein Prozess, und er wird das sein, was wir daraus machen. Lassen Sie mich hinzufügen, dass Singapur, das oft als Beispiel für Deregulierung angesehen wird, entgegen der landläufigen Meinung von massiven staatlichen Eingriffen profitiert. Die EU hat auch ein Freihandelsabkommen mit diesem Land.

Wie wird innerhalb der Gewerkschaften diese expansive Finanzpolitik der Konservativen mit massiven Investitionen, zum Beispiel in den öffentlichen Verkehr, erlebt?

Gewerkschaften sind keine politischen Parteien. Sie müssen die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. In gewisser Weise ist es für uns einfacher, es zwingt uns, viel pragmatischer zu sein als politische Parteien. Wir begrüssen daher die Entscheidungen, insbesondere die Anündigung der Entwicklung von Bahn- und Busnetzen. Diese Investitionen sind unerlässlich, und niemand in den Gewerkschaften ist dagegen. Wir sind sogar der Meinung, dass wir noch weiter gehen müssen und dass wir noch zu eng mit der europäischen Politik verbunden sind, insbesondere

im Bereich der Eisenbahn. Die Verbindung muss gelöst werden. Wir sind dabei, den Handlungsspielraum für eine Politik zugunsten des öffentlichen Verkehrs zurückzugewinnen. Wir müssen noch weiter gehen.

Das heisst?

Das Vereinigte Königreich war in den 1980er und 1990er Jahren bei der Deregulierung und Privatisierung des Schienenverkehrs an vorderster Front dabei. Die darauf folgenden grossen Betriebsstörungen führten zur Wiederaneignung bestimmter Strecken durch die öffentliche Hand: Dies war 2018 der Fall bei der Londoner Nordost-Eisenbahn sowie bei der Ostküstenlinie (die London mit Edinburgh verbindet). Dies eröffnet neue Perspektiven.

Ironischerweise könnten Unternehmen wie Eurostar angesichts der Coronakrise vom Brexit profitieren.

Dies ist ein gutes Beispiel, der Eurostar wird eine starke öffentliche Unterstützung brauchen, um die Krise zu überstehen. Diese öffentliche Intervention wird in einem von der Brexit-Mentalität getriebenen Vereinigten Königreich um so leichter sein. Wir haben jetzt eine grössere Reaktionsfähigkeit. Auch die Privatwirtschaft wird, entgegen der Auffassung der Befürworter der Globalisierung und der Europäischen Union, von unserer wiedergewonnenen Souveränität profitieren.

Zu diesen Unterstützern der EU gehört der TUC, der grosse britische Gewerkschaftsverband. Wie reagieren die Gewerkschaftsführer, die von der Abstimmung des Volkes irgendwie überrascht wurden?

Der TUC hat das EU-Projekt immer unterstützt, weitgehend ohne Mandat der Gewerkschaftsmitglieder. Heute ist er sehr still, da Millionen Mitglieder, die Basis der Gewerkschaften, eindeutig dafür gestimmt haben, dass das Land die EU verlässt. Die Führung nimmt nun die neue Situation mit einem gewissen Realismus auf, nimmt den Austritt aus der EU jedoch nur widerwillig in Kauf. Der Apparat ist offensichtlich nicht begeistert von der Chance, die der Brexit darstellt ...

Quelle: Rupture vom 8.4.2020; Interview von Julien Lessors

(Übersetzung Zeit-Fragen)

## «Es geht darum, unsere Wirtschaft langfristig auf eine gesunde Basis zu stellen»

von Nicole Duprat\*, Frankreich

Die Natur erobert ihren Raum zurück, und die Ausgangssperre kommt den Tieren zugute. Wir konnten an verschiedenen Orten des Globus feststellen, wie die Pflanzenwelt sich erholt und näher rückt, und waren oft sprachlos.

- In den Calanques (ortstypische Buchten) von Marseille und an der Küste von Cagliari in Sardinien schwimmen Delphine.
- In Venedig, in der Serenissima, ist das Wasser wieder klar, weil die grossen Schiffe des Massentourismus verschwunden sind. Die Bewohner der Stadt der Dogen konnten sich über zahlreiche Fischschwärme freuen.
- Hirschkühe gingen in einer Stadt in Polen spazieren.
- In Chile wagt sich ein Puma auf die Strasse.
- Auf den Gehsteigen von Paris sind watschelnde Stockenten neben Joggern anzutreffen.
- Durch Lhanduno, im Süden von Wales, spaziert eine Herde wunderschöner Ziegen.
- Zur grossen Freude der Kinder haben Hirsche, die wohl nicht den Schlitten des Weihnachtsmanns gezogen haben, die Grünanlagen der Wohnviertel umgehend zu ihrem Frühstückstisch gemacht.

### Hymne à la Vie

Et les humains demeurèrent chez eux  
Ils se mirent à lire, à jardiner, à réfléchir  
Dans l'incertitude de demain  
Ils comprèrent enfin ce que signifie  
Apprécier l'instant présent  
Peu à peu les publicités vantant  
Des produits dont ils n'avaient guère  
besoin  
Leur semblèrent bien vides  
Ils commencèrent à distinguer  
L'essentiel de l'accessoire  
A relativiser leur condition  
Ils prirent conscience de leur besoin  
des autres  
Du sens du mot Humanité  
Et à voir combien ils étaient fragiles  
Ils n'étaient pas en train  
De survivre mais bien de vivre  
Ils venaient de recevoir un présent  
merveilleux  
Et précieux : on leur avait donné  
du temps  
Et la Terre les trouva digne d'elle  
Et elle commença à respirer

Nicole Duprat

### Hymne an das Leben

Und plötzlich blieben die Menschen zu Hause  
Beggannen zu lesen, pflegten die Gärten,  
dachten auch nach  
Angesichts der Ungewissheit von morgen  
Verstanden sie endlich die Kostbarkeiten des  
Uns heute geschenkten Moments  
Allmählich verblasste auch  
Der Glanz der Reklamen anpreisend all das  
Was sie nicht brauchten und so fingen sie an  
Zu erkennen  
was wesentlich war und was Beiwerk  
Ihre Bedingungen zu hinterfragen  
Schärfer trat nun hervor, dass sie den  
Anderen brauchten  
Was es bedeutet, das Wort Menschlichkeit  
Auch wie verletzlich sie waren  
Es ging nicht mehr einzig darum zu  
überleben  
Sondern vielmehr zu leben  
Ein Geschenk war ihnen gegeben worden  
Wunderbar kostbar:  
Sie hatten Zeit  
Und die Erde empfand sie ihrer für würdig  
Und atmete auf.

Nicole Duprat

(Übersetzung Peter Küpfer)

– In Mailand hat sich ein Schwan sogar bis in die Innenstadt gewagt.

Die Ausgangssperre lässt Tiere und Pflanzen wieder zur Ruhe kommen, und die Menschen haben mehr Zeit und nehmen sich die Zeit, die Natur zu beobachten. Die Grossstädter haben den Gesang der Vögel wiederentdeckt. Doch sind die Vögel nicht zahlreicher,

man hört sie nur mehr. Vergessen der penetrante Lärm der Hupen! Mit der Ruhe kommen auch Singdrossel und Rotkehlchen wieder in die Strassen zurück und erfreuen uns jeden Morgen mit ihrem Gesang.

Der nachlassende Strassen- und Luftverkehr führt zu weniger Luftverschmutzung. In den Hauptstädten ist die Lärmbelastigung bei

manchen Verkehrsadern um 90% gesunken. Die Tiere erholen sich vom Lärm, den der Mensch sonst macht. Das gleiche gilt für die Pflanzen. Der ungemähte Rasen spriesst, und Hummeln, Bienen und Schmetterlinge können ungestört Nektar sammeln.

Menschen, die nicht das Glück haben, auf dem Land zu leben, stellen fest, wie sehr ihnen die Natur fehlt. An der frischen Luft zu sein ist wieder zu einem Vergnügen geworden, seit der beissende Geruch der verschmutzten Luft verschwunden ist. Auch haben wir nie einen so klaren Himmel gehabt. Die Verschmutzung hat deutlich nachgelassen.

Wenn es eine Lehre gibt, die wir bezüglich der ökologischen Probleme aus dieser Situation (der Ausgangssperre) ziehen können, dann, dass es nur wenige Tage braucht, damit die Natur sich ihr Recht zurückholt – sofern man ihr die Gelegenheit dazu gibt.

Diese Brise Frischluft für Fauna, Flora, für unsere Lungen und das Klima muss uns zu einem vernünftigeren Verhalten führen.

Das bedeutet auch, dass der Traum von einem respektvollen Umgang in einem gemeinsamen Lebensraum nicht auf die simple Gleichung gebracht werden kann, die besagt, dass weniger Menschen ein Plus an Tieren bedeutet. Im Umgang damit muss ein radikaler Neuanfang gemacht werden.

Wichtig ist nach Überwindung dieser Krise, dass wir verstehen, dass es nicht darum geht, die Luftverschmutzung für eine kurze Zeit zu verringern. Nein, es geht darum, unsere Wirtschaft langfristig auf eine gesunde Basis zu stellen.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

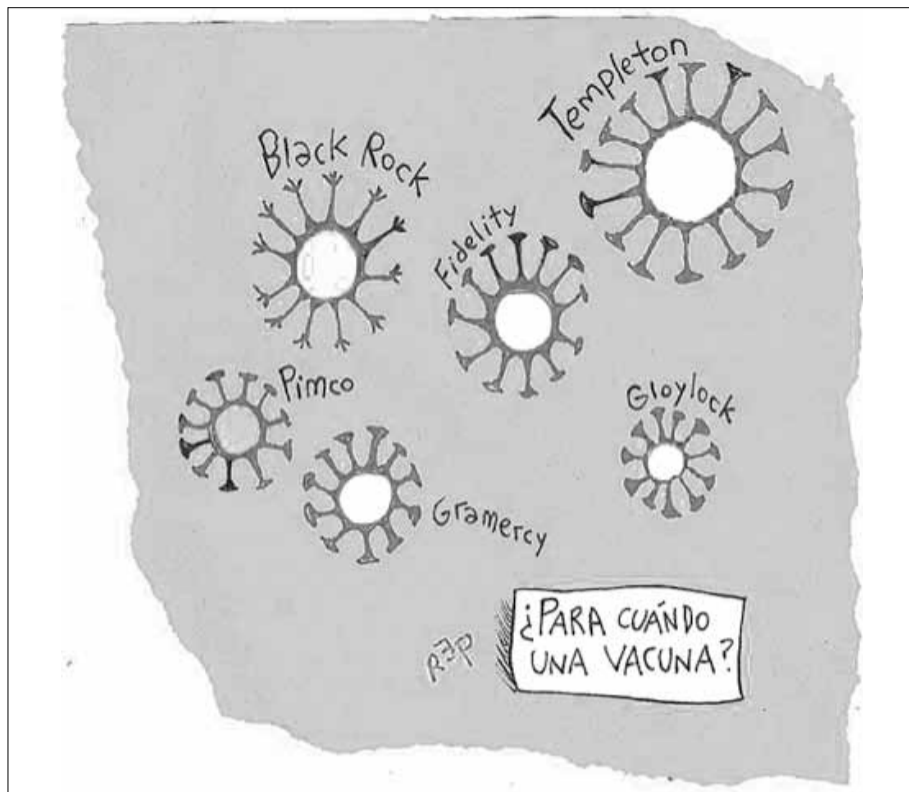
\* Nicole Duprat (\*1955) hat nach ihrem Universitätsstudium (Recht und internationale Beziehungen) am Institut d'Etudes Politiques in Aix-en-Provence viele Jahre als Lehrerin gearbeitet. Heute lebt sie in Vallabrègues, einem Korbmacherdorf in der Nähe von Avignon. Sie ist regelmässige Mitarbeiterin bei *Horizons et débats*, der französischsprachigen Ausgabe von *Zeit-Fragen*.

# Argentinien will Neuverhandlung der Schulden

gl. Argentinien steht wieder kurz vor dem Staatsbankrott. Am 22. April 2020 waren 503 Millionen US-Dollar fällig, die das Land nicht bezahlen konnte. Schon vor der Corona-Krise lag Argentiniens Auslandsverschuldung Ende 2019 bei rund 280 Milliarden US-Dollar, das sind 92% des BIP.

Die neoliberale Regierung von *Mauricio Macri* hatte während ihrer vierjährigen Amtszeit seit 2015 die Schulden um rund 100 Milliarden US-Dollar erhöht. Auch der IWF hat an Argentinien den grössten Kredit vergeben, den jemals ein Land erhalten hat: 57 Milliarden Dollar. Statt Investitionen kam nur spekulatives Kapital ins Land, das von extrem hohen Zinsen von über 70% profitierte. Die Bevölkerung verarmte aufs neue in dieser Zeit, die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an.

Nach dem Ausbruch der Corona-Epidemie hat die links-liberale Regierung von *Alberto Fernández*, der seit Mitte Dezember letzten Jahres im Amt ist, ein Hilfsprogramm in Höhe von ca. 10 Milliarden Dollar aufgelegt. Damit sollen Investitionen in die Infrastruktur, günstige Unternehmenskredite, eine Erhöhung des Kindergelds für arme Familien und eine Erhöhung der Mindestrente finanziert werden. Die von der Zentralbank im März gedruckten 700 Milliarden Pesos erhöhten die Geldmenge innerhalb eines Monats um rund 35%.



Die Karikatur erschien am 26. April 2020 in der argentinischen Zeitung «Página 12». Der Text unten rechts heisst übersetzt: «Und wann gibt es eine Impfung?» Die Virenplage der argentinischen Volkswirtschaft: Die hier genannten, allesamt sehr grossen Fonds- und Kapitalgesellschaften gehören zum Ausschuss der privaten Gläubiger argentinischer Staatsschulden (ACC), der das Angebot der Regierung zur Umschuldung als unzureichend abgelehnt hat. (Bild «Página 12»)

Am 17. April legte die Regierung den ausländischen Gläubigern einen Vorschlag zur Umstrukturierung der Schulden vor, der erstmals auch vom IWF stark unterstützt wird. Der IWF hat als einer der grössten Gläubiger Argentiniens auch ein Interesse daran, wenigstens einen Teil des Kredites zu erhalten. Der Vorschlag der argentinischen Regierung sieht einen sehr geringen Schuldenschnitt von 5,4% vor, dafür aber eine drastische Zinssenkung von 62% (der Zinssatz soll im Durchschnitt 2,33% betragen) und eine tilgungsfreie Zeit von 3 Jahren. Auch die Laufzeiten der Anleihen sollen verlängert werden. Die Gläubiger haben 20 Tage Zeit, um Stellung zu beziehen.

Bereits am folgenden Tag kritisierten verschiedene Anleger den Vorschlag und verlangten eine Korrektur. Die argentinische Regierung plant daher, nun eine spezielle Vermögenssteuer für Reiche mit einem Vermögen von mehr als 3 Millionen Dollar einzuführen, mit der zwischen 2,3 und 3,8 Milliarden Dollar eingenommen werden sollen zur Finanzierung der Massnahmen gegen die Corona-Krise.

Quellen: Neues Deutschland vom 14.4.20, Página 12 vom 17. und 18.4.2020, amerika21 vom 3.2.2020

## 10-Punkte-Programm für den wirtschaftlichen Übergang

von Alfredo Serrano Mancilla, Guillermo Ogietti und Nicolás Oliva

gl. In der argentinischen Zeitung *Página 12* wird angesichts der Wirtschaftskrise ein Vorschlag vorgelegt, wie die Wirtschaft Argentiniens (und anderer Staaten Lateinamerikas) gestärkt werden kann.

Um die Wirtschaft in Lateinamerika angesichts der Pandemie zu stärken, sind das öffentliche Gesundheitswesen, die Lohn- und Einkommenspolitik (Löhne und Transferleistungen), die Finanzpolitik (die Rolle der staatseigenen Banken und eine stärkere und bessere Kreditvergabe an KMU) und die Ordnungspolitik (Regulierung von Preisen und Monopolen) so dringend wie notwendig. Sie werden von allen Ländern der Region mit unterschiedlichem Nachdruck betrieben und sind noch nicht ausreichend, um die Wirtschaft Lateinamerikas auf die künftige Herausforderung eines Aufschwungs vorzubereiten.

Ziel dieses Dekalogs ist es, die wichtigsten wirtschaftspolitischen Massnahmen

für die Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie aufzuzeigen, die ergänzend zu den bisherigen Massnahmen erforderlich sind. Wir können es uns nicht leisten, in dieser «Zwischenzeit» in makroökonomischen Fragen tatenlos zuzuschauen. Deshalb müssen wir sofortige Massnahmen einleiten, die mildern und abfedernd wirken und die uns vor feindseligen Verhaltensweisen schützen, die in diesem Zusammenhang auftreten. Gleichzeitig sollen sie als Grundlage für die Stärkung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften dienen angesichts der grossen Herausforderungen.

Hier folgen die 10 Vorschläge:

- Erlass der Auslandsschulden Lateinamerikas und der Karibik bei multilateralen Organisationen und Umschuldung der Schulden bei privaten Gläubigern mit zweijähriger Fristverlängerung.
- Teilweise Aussetzung von Gewinnrücküberweisungen, Kapitalverkehrskontrollen, um Devisenabflüsse zu verhindern.

trollen, um Devisenabflüsse zu verhindern.

- Neue Quotenpolitik und Regulierung der Einfuhr von Luxusgütern für die nächsten sechs Monate.
- Regulierung der Märkte für Obligationen, um Spekulationen und Wuchererwinne zu verhindern.
- Festes Wechselkurssystem, das Volkswirtschaften gegen spekulative Kapitalbewegungen immunisiert, die heimischen Währungen stärkt und grössere Abwertungsschocks vermeidet.
- Verbot des Marktes für Credit Default Swaps (CDS) für sechs Monate.
- Aussetzung aller Kapitel der TRIPS-Verträge (Abkommen über Handelsrecht und geistiges Eigentum), die sich auf Gesundheit und Arzneimittel beziehen, für ein Jahr.
- Schaffung einer Solidaritätssteuer auf der Grundlage von Vermögenswerten, die 500 000 US-Dollar übersteigen.

- Forderung nach der Ausgabe von Sonderziehungsrechten an den Internationalen Währungsfonds, die je nach Schwere der Wirtschaftskrise auf die Länder verteilt werden und so lange gelten sollen, bis die Länder ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wieder erreichen.
- Im Finanzsystem Festlegung einer maximalen Differenz zwischen Aktiv- und Passivzinsen von 5 Prozent für sechs Monate.

Der alte neoliberale *Washingtoner Konsens* ist an unzähligen Orten und bei zahllosen Gelegenheiten gescheitert. Angesichts dieser Situation ist es an der Zeit, zu alternativen Ansätzen zu kommen, um ein erneutes Scheitern zu vermeiden, sowohl bei der Bewältigung der Pandemie als auch bei der wirtschaftlichen Erholung.

Quelle: *Página 12* vom 26.4.2020 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

### LESER BRIEF

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

*Zeit-Fragen*, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.-/ Euro 108.-

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen*, Zürich.

## Was man von Fridtjof Nansen für die Hilfe gegen Covid-19 lernen kann

«In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Welt sollte Mitgefühl eine ausreichende Motivation sein, um eine multilaterale Vorgehensweise zu unterstützen.» So schreibt *Joseph E. Stiglitz* in *Zeit-Fragen* Nr. 8 vom 21. April 2020. «Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen gemeinsam gegen Covid-19 vorgehen.» Er fordert dazu auf, die Entwicklungs- und Schwellenländer, die von der Covid-19-Pandemie wegen der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen stärker betroffen sind und sein werden als die westliche Welt, wirtschaftlich zu unterstützen. Ich finde es wohlwollend, dass *Josef E. Stiglitz* über den Tellerrand hinausblickt und das Elend der Pandemie nicht nur aus der Innensicht seines Landes betrachtet. Von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen der Krise ist jedes Individuum und jeder Staat betroffen.

Immer wieder haben nach Katastrophen mutige Menschen ihre Stimme erhoben, um den Menschen in ihrem Elend – Hunger, Vertreibung, Verlust der Nächsten – beizustehen. Nach dem Ersten Weltkrieg war der Friedensnobelpreisträger *Fridtjof Nansen* ein Vorbild an Menschlichkeit und hat sich für die Men-

schen engagiert. Im Auftrag des Völkerbundes hat er etwa eine halbe Million Gefangene aus der Sowjetunion in ihre Heimatländer zurückgeführt. Für die Hungerhilfe an Sowjetrussland haben ihm zwar die Staaten des Völkerbunds die finanzielle Unterstützung verweigert. Mit vielen privaten Spenden ist es ihm und anderen trotzdem gelungen, viele Menschen vor dem Hungertod zu retten. Beindruckend ist, dass *Fridtjof Nansen* nicht nur die schnelle Hilfe im Auge hatte, sondern immer auch das Leben der Menschen auf die Dauer absichern wollte. Also: Nicht nur Gefangene befreien, sondern auch das eigenständige Leben nachher sichern. Nicht nur den Hungertod abwenden, sondern auch die Verbesserung der Lebensbedingungen für später in die Wege leiten.

*Fridtjof Nansen* half Menschen verschiedener Religionen und Nationalitäten. Einer seiner Leitsätze war: «Die Nächstenliebe ist die einzig wahre Realpolitik.»

Im *Zeit-Fragen*-Artikel von *Joseph E. Stiglitz* erhält man eine Ahnung dieses Mitfühlens, der Nächstenliebe, für die ganze Welt. Die Staaten stellen oft das wirtschaft-

liche Handeln für das eigene Land in den Mittelpunkt. Doch schon vor Corona gab es den wirtschaftlich starken, dominierenden Westen und die verschuldeten, ausgebeuteten Entwicklungs- und Schwellenländer. Vor Corona gab es aber auch schon Versuche, Menschlichkeit vor, nicht neben die Wirtschaft zu setzen. *Joseph E. Stiglitz* erwähnt einen leider fehlgeschlagenen Versuch zur Umschuldung von Staatsschulden der Uno-Generalversammlung im Jahr 2015, weil es an «der notwendigen Zustimmung der wichtigsten Gläubigerländer» fehlte.

Mitgefühl, nicht nur während der Pandemie, sondern auch bei der weiteren Entwicklung zu einer humanen Welt, ist von Nöten. «Du, deine Familie, deine Klasse, deine Nation sind nur winzige Teile eines grösseren Ganzen. Die Welt vergisst es nur allzu oft», sagte *Fridtjof Nansen* vor Studenten.

Wege zur Solidarität, die heute viele Mitmenschen beschreiten, wurden in den letzten Nummern von *Zeit-Fragen* vorgestellt. Der unaufgeregte Ton ist dabei angenehm.

Margret Kleine-Pauli, Zürich

# Hilde Domin – Dichterin des Dennoch

## Zum Buch von Ilka Scheidgen über eine grosse Humanistin

von Susanne Wiesinger

Die Dichterin *Hilde Domin*, geboren 1909, wuchs in Köln als Hilde Löwenstein auf, Tochter ihrer jüdischen Eltern *Löwenstein*. Der Vater war Rechtsanwalt und die Mutter Sängerin. Ihre Mutter übte ihre künstlerische Tätigkeit nur einmal in der Öffentlichkeit aus und widmete sich, so wie dies damals üblich war, als Frau der Erziehung der beiden Kinder und dem Haushalt. Hilde hatte einen jüngeren Bruder, das Verhältnis zwischen den Geschwistern wird als harmonisch geschildert.

### Atmosphäre im Elternhaus Grund für ihr Urvertrauen

Die Atmosphäre im Elternhaus beschrieb Hilde Löwenstein später als den Grund für ihr Urvertrauen – ihre Zuversicht dem Menschen gegenüber und ihr gutes, optimistisches Menschenbild. Diese Eigenschaften zeichnen sie vor vielen anderen Exildichtern aus, von denen die meisten nicht mehr nach Deutschland zurückkehrten.

Im Rückblick rühmte Hilde Domin, dass sie als Kind «sogar die Wahrheit sagen (durfte)» und dass ihr Vater ihr auf längeren Spaziergängen von seinen Gerichtsfällen erzählte und sich ihre Meinung dazu ernsthaft anhörte, mit ihr ins Theater, zum Schwimmen und ins Museum ging und mit ihr über ihre Schulaufsätze diskutierte.

Hilde besuchte das Humanistische Mädchengymnasium *Merlo-Mevisen* in der Kölner Altstadt. Sie konnte studieren, ihre Studienfächer selbst wählen und sogar von Jura zu Nationalökonomie, Soziologie und Philosophie wechseln. Lauter Fächer, von denen sich damals als junge Studentin eine Veränderung der Welt erwartete, wie *Ilka Scheidgen*, die Biographin von Hilde Domin, schreibt (Scheidgen, S. 20).

### Exil in der Dominikanischen Republik

Als Sozialdemokratin mit politischer Sensibilität ahnte sie, dass die Nazis die Macht in Deutschland erlangen würden. Dies brachte ihr in ihrem Umfeld den Beinamen «Kassandra» ein. 1932 brach sie mit ihrem Freund und späterem Mann, dem Archäologiestudenten *Erwin Walter Palm*, ins Exil nach Italien auf, von dort nach England. 1940 entgingen sie der ihnen dort auf Grund ihrer deutschen Staatangehörigkeit drohenden Internierung, indem sie eine sechswöchige, nicht ungefährliche Schiffsreise in die Dominikanische Republik unternahm, um dort – wo für die Einreise kein Geld und kein Ingenieursdiplom erforderlich war – ins Exil zu gehen.

Sie kamen an einem «Landesteg aus Holz» an, «der mitten in ein Zuckerfeld führte». «Da standen wir nun in einem Zuckerfeld, die Zuckerrohre waren grösser als wir selbst.» (Scheidgen, S. 59) Niemand erwartete sie, mit einem Fahrzeug gelangten sie in die Hauptstadt und bauten sich ein gemeinsames Leben als Intellektuelle auf – Erwin W. Palm als Professor für die Architekturgeschichte der Dominikanischen Republik, Hilde als seine Beraterin, Übersetzerin und Texterin. Daneben verdiente sie etwas zum Lebensunterhalt als Sprachlehrerin (Scheidgen, S. 62f).

### Anhaltendes Interesse an allem Neuen im unbekanntem Land

Beeindruckend sind die Schilderungen, mit welcher grosser Neugierde und welchem anhaltenden Interesse sie dem Neuen in dem unbekanntem Land begegnete und wie sie bald einen Kreis von Freunden, Exilspaniern, Südamerikanern und Künstlern aus anderen Ländern um sich scharten. Dass manchmal eine Schlange den Kopf aus dem Bücherregal streckte oder Termiten die Bücher zerfressen, daran gewöhnten sie sich (Scheidgen, S. 68).

Die professorale Tätigkeit ihres Mannes unterstützte Hilde Palm lange Zeit mit Tatkraft und stellte eigene Pläne zurück. 1954 erschütterte der unerwartete Tod ihrer Mutter – aufgrund eines Schocks wegen des Entzugs des amerikanischen Passes durch die deutschen Behörden – Hilde Domin. Dieser Verlust von «Mein Julilaub/Mein Windschutz/Meine Mutter» traf Hilde Domin so stark, dass sie in eine umfassende Lebenskrise geriet. Indem sie zum Mittel der Dichtung griff und die Realität durch das Dichten wieder lebbar machte, entzog sie



ISBN 978-3-7806-3119-0

sich dem vor ihr liegenden psychischen Abgrund und kehrte buchstäblich ins Leben zurück. Ihre Selbstfindung als Frau musste zu Auseinandersetzungen mit ihrem Ehemann führen. Er schlug die Wohnungstür zu, als sie ihm ihr erstes Gedicht zeigte, woraufhin sie zu sich selbst sagte, dass es wohl ein gelungenes Gedicht war (Scheidgen, S. 78).

### Leben als Dichterin, Kritik an der Frankfurter Schule

Ilka Scheidgens «einzige autorisierte Biographie» mit dem Titel «Hilde Domin, Dichterin des Dennoch» schildert lebhaft und nachvollziehbar das Leben der Dichterin, ihr Exil und die Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1955 und geht kenntnisreich auf ihre theoretischen Ansätze, Dichtungs- und Schreibpraxis ein. Die Prosaschriften entstanden in der Auseinandersetzung mit *Adorno*, *Marcuse* und *Marxisten* wie *Lukacs* u. a. Der Behauptung der 68er vom «Tod der Literatur» und vom «Reaktionären des Gedichts», das verachtet wurde, stellte sie in ihren Poetik-Vorlesungen in Frankfurt (!) an der Universität ihre Überzeugung von der Kraft der Poesie entgegen (Scheidgen, S. 202, S. 186). Ihr Ziel war, gemäss ihrer Erziehung und ihrer Lebenseinstellung, «den Mut zum Leben zu stärken: ein Dennoch gegen die fatale <No-future>-Panik zu setzen» (Scheidgen, S. 202).

### Den Mut zum Leben stärken, Verteidigung der Menschenwürde

«Gleich in der ersten Lesung stellte Hilde Domin ihren Glauben an eine positive und rettende Funktion des Gedichts dar, indem sie die programmatischen Verse

*«Dies ist unsere Freiheit  
die richtigen Namen nennend  
furchtlos  
mit der kleinen Stimme»*

### Nicht müde werden

Nicht müde werden  
sondern dem Wunder  
leise  
wie einem Vogel  
die Hand hinhalten.

*Hilde Domin*

### Abel steh auf

*Abel steh auf  
es muss neu gespielt werden  
täglich muss es neu gespielt werden  
täglich muss die Antwort noch vor uns sein  
die Antwort muss ja sein können  
wenn du nicht aufstehst Abel  
wie soll die Antwort  
diese einzig wichtige Antwort  
sich je verändern  
wir können alle Kirchen schliessen  
und alle Gesetzbücher abschaffen  
in allen Sprachen  
wenn du nur aufstehst  
und es rückgängig machst  
die erste falsche Antwort  
auf die einzige Frage  
auf die es ankommt  
steh auf  
damit Kain sagt  
damit er sagen kann  
Ich bin dein Hüter  
Bruder  
Wie sollte ich nicht dein Hüter sein  
[...]*

### Das wahrhaftige Benennen und die Liebe

Für Hilde Domin gibt es gemäss Scheidgen «zwei Hauptgebote: [...] das wahrhaftige Benennen und die Liebe, Liebe als Umkehr der Worte Kains: «Bin ich der Hüter meines Bruders?»» (Scheidgen, S. 164) Mit ersterem Hauptgebot stellt sie sich gegen das falsche Benennen, zum Beispiel «Schutzhaft» für Gefängnis oder «Sonderbehandlung» für Mord, und beruft sich auf den chinesischen Philosophen *Konfuzius*: «Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiss das Volk nicht, wohin Hand und Fuss setzen. Also dulde man keine Willkür in den Worten. Das ist alles, worauf es ankommt.» (Konfuzius, zit. nach Scheidgen, S. 151)

### Gedichte, gut für den Schulunterricht

Da Hilde Domin's Gedichte leicht zu verstehen sind, eignen sie sich gut als Grundlage für die Interpretation im Deutschunterricht. In allen Schularten, vom Gymnasium bis zur Hauptschule, finden Schüler Freude daran, Umdichtungen zu schreiben wie folgende:

*«Abel kämpfe  
Abel kämpfe um deinen Bruder  
und besiege seine Gewalt  
streite gegen seinen Neid  
lösche das Zeichen auf seiner Stirn.  
Abel, steh auf!  
Lösche das Zeichen auf unserer Stirn.»*  
(*Florian Kruse*, zit. nach Scheidgen, S. 196)

Hilde Domin las des öfteren vor ihrer Enkelgeneration an Schulen und fand begeisterte Leser aller Altersstufen.

Als *Marcel Reich-Ranicki* es unternahm, dem Gedicht wieder zum Leben zu verhelfen mittels eines Forums in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (*Frankfurter Anthologie*), als Widerpart gegen die 68er, die das Gedicht verschmähten und als «reaktionär» diffamierten, stellte Hilde Domin für die Rubrik in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» seit 1974 Gedichte zur Verfügung.

Der «ungeheure Lebensmut», das Urvertrauen, kennzeichnen Hilde Domin – den Künstlernamen legte sie sich im Verlauf der Veröffentlichung ihrer Gedichte zu als Reminiszenz an die Dominikanische Republik, die sie 12 Jahre aufgenommen hatte. Das Urvertrauen beruhte auf der Erfahrung eines grosszügigen, ohne Zwang agierenden Elternhauses und auf der Erfahrung, dass ein Neubeginn in Deutschland möglich war (Scheidgen, S. 194).

Dieser Lebensmut spricht die Leser und vor allem auch die jugendlichen Leser an; dazu noch der stets aktuelle inhaltliche Hintergrund der Gedichte, die in der Auseinandersetzung mit der eigenen Zeit entstanden sind. Hilde Domin's Anspruch war zu verwirklichen, dass Leben und Werk eines Dichters sich nicht widersprechen, und dies ist ihr gelungen.